Schaser, Angelika: Bürgerliche Frauen auf dem Weg in die linksliberalen Parteien (1908 - 1933). In: Historische Zeitschrift 263 (1996), S. 641-680.

©Angelika Schaser

Bürgerliche Frauen auf dem Weg in die linksliberalen Parteien (1908–1933)

Von

Angelika Schaser

Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) ist nicht nur an ihren "Versäumnissen, sondern auch an ihren höheren Zielen zugrunde" gegangen.¹) Diese "höheren Ziele" waren es, die gerade die linksliberalen Parteien für die aktiven Mitglieder der bürgerlichen Frauenbewegung so attraktiv gemacht hatten. Gertrud Bäumer war davon überzeugt, "daß die meisten Frauen, die heute sich dem Liberalismus zuwenden, in ihm in erster Linie eine Weltanschauung sehen, nicht das Schlagwort für einen Interessenkampf".²) Die Orientierung an den Idealen des Liberalismus und die Überzeugung, daß der Eintritt der Frauen in die liberalen Parteien die politische Kultur positiv beeinflussen würde, prägten die parteipolitische Mitarbeit von Frauen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik entscheidend. Die Partei, der dieser Enthusiasmus in erster Linie galt, zeigte sich jedoch gegenüber der "Problemgruppe Frauen"³) äußerst reserviert.

Die euphorische Aufbruchstimmung dieser Frauen, die von ihrer "weiblichen Kulturmission" überzeugt waren, wurde bald gedämpft. Die von der bürgerlichen Frauenbewegung ausgegebene Prämisse, man stünde "vor einer vollkommenen inneren Umwälzung der Machtver-

¹⁾ Ernst Portner, Der Ansatz zur demokratischen Massenpartei im deutschen Liberalismus, in: VfZ 13, 1965, 150–161, hier 161.

²) *Gertrud Bäumer*, Die Frauen und die Zukunft des Liberalismus, in: Die Frau 18, 1910/11, 80–90, hier 81 (Hervorhebung von Gertrud Bäumer).

³⁾ Dieter Langewiesche weist unter der Überschrift "Women, Catholics, Workers: Problem Groups of Liberalism" darauf hin, daß trotz erheblicher philosophischer Probleme die Liberalen den Ausschluß der Frauen solange für selbstverständlich hielten, bis sie schließlich 1918/19 keinen Weg mehr fanden, die politische Gleichberechtigung der Frauen zu verhindern; *Dieter Langewiesche*, The Nature of German Liberalism, in: Gordon Martel (Ed.), Modern Germany Reconsidered, 1870–1945. London/New York 1992, 96–116, hier 107 f.

hältnisse zwischen Männern und Frauen"4), erwies sich als falsch. Die männlichen Kollegen griffen die These von der besonderen "Kulturaufgabe der Frauen" lediglich auf, um ihnen marginale Politikfelder zuzuweisen. Am Rande und nicht im Zentrum der Macht sollten Frauen ihren "weiblichen Einfluß" wirken lassen. Von dem Eintritt der Frauen in die Parteien und in die Parlamente erwartete man sich bestenfalls eine Bereicherung im Sinne einer Ergänzung, nicht jedoch eine prinzipielle Revision der Politik. Auch traute man Frauen nicht zu, Urteilsfähigkeit und Sachkenntnis in Bereichen zu erlangen, die zu weit vom häuslichen Bereich entfernt lagen. "Der Mann lebt für das Werk; die Frau wirkt für das Leben", hatte Eduard Spranger diese geistige Haltung einmal kurz und bündig umrissen.⁵)

Die Schwierigkeiten, die sich für die Frauen aus dieser Situation ergaben, benannte 1919 die DDP-Politikerin Rosa Kempf. "Der gegenwärtige Landtag ist die erste gesetzmässig gewählte Volksvertretung in Bayern, an welcher weibliche Abgeordnete teilnehmen. Es ist darum leicht möglicht, dass zu grosse Erwartungen in die Tätigkeit der weiblichen Abgeordneten gesetzt werden, dass manche glauben, es könnten nun sofort alle jene grundlegenden Aenderungen in der Lage der Frau herbeigeführt werden, um welche die Frauenbewegung seit langem kämpft."6) Mit diesen Worten eröffnete Rosa Kempf den Tätigkeitsbericht der weiblichen Parteiabgeordneten im bayerischen Landtag, die als Neulinge im Parlament unter hohem Erwartungsdruck standen, obwohl doch "die allgemeine politische Lage, der drohende Untergang des ganzen Vaterlandes zur Zurückstellung aller Sonderbestrebungen einzelner Klassen, Berufe, Geschlechter" zwang.⁷)

Hier klingt das Motiv an, das sich gleichsam zeitlos wie ein roter Faden durch das Verhältnis zwischen Frauenbewegung und Parteienpolitik – gleich welcher Couleur – zieht: Die "Frauenfrage" steht zu der "großen Politik" wie das Besondere zum Allgemeinen, wie das Par-

⁴) Agnes von [Zahn-]Harnack, Die Frauen und das Wahlrecht, in: Wahlhandbuch für Männer und Frauen zur Nationalversammlung. Politische Programm- und Schlagworte mit Worten der Hoffnung und des Willens für die Arbeit der Gegenwart erläutert. Berlin o. J. [1919], 61–64, hier 63.

⁵⁾ Eduard Spranger, Die Kulturverantwortung der Frau, in: ders.. Stufen der Liebe. Über Wesen und Kulturaufgabe der Frau. Aufsätze und Vorträge. Tübingen 1965, 55–111, hier 60.

⁶⁾ Rosa Kempf, Die Tätigkeit der weiblichen Abgeordneten der Fraktion. Ms. o. O. 1919, 1; Stadtarchiv (= StadtA) München, Nachlaß Dirr, Nr. 300.

⁷⁾ Ebd.

tielle zu dem Ganzen, sie bildet den "Nebenwiderspruch" im gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozeß. Frauenfragen müssen zurückgestellt werden, um die übergeordneten politischen Ziele nicht zu gefährden. Und das galt ganz besonders in der Partei, die das Gesamtinteresse aller Staatsbürger vertreten und über die Klassengegensätze hinauswachsen wollte. Der Aufklärung verpflichtet, setzte man sich im Liberalismus für die "Freiheit und Verantwortlichkeit des Individuums und das Recht der Persönlichkeit auf Entfaltung ein"8) – und hätte sich ja damit die Emanzipation aller auf die Fahnen schreiben müssen. Daß dem nun gerade nicht so war, hatte die führenden Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung immer wieder mit Erstaunen, Unverständnis und wachsendem Unmut erfüllt. Liberalismus und Emanzipation der Frauen waren für sie zwei Seiten ein und derselben Medaille. während die Liberalen in der Tradition der Französischen Revolution den Homo politicus rein männlich definierten. Diese Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis liberaler Politik, die laut Agnes von Zahn-Harnack bei den Protagonisten liberaler Politik aus dem "Zwiespalt ihrer verstandesmäßigen Erkenntnis und ihrer gefühlsmäßigen Überzeugung"⁹) resultierte, dominierte das Verhältnis der liberalen Parteien zu den Frauen. Ungewollt unterstützt wurden diese patriarchalischen Denk- und Machtstrukturen durch eine sich unpolitisch gerierende Frauenbewegung, die ihre Mitglieder nun mit gleichsam "höherem Auftrag" in die Politik schickte: Über der verachteten Interessenpolitik stehend, sollten die Frauen eine nationale und humane Politik garantieren und damit den Staat zum Kulturstaat machen, sie sollten in den Parteien, in denen zwischen "Kultur und Wirtschaft, Staatspolitik oder Interessenpolitik, Weltanschauung oder Konjunktur, [dem] ... Mensch oder [den] ... Dingen"¹⁰) gerungen wurde, die von Männern gemachte Politik wieder auf die höheren Werte zurückführen. Daß die Frauen besonders geeignet seien, in den Parteien die Grundideen des Liberalismus und der Demokratie zu stärken, daran bestand zunächst wenig Zweifel: Die Frauen "sind noch nicht so – und werden es niemals sein – zerlegt in Interessengruppen. Sie stehen zur Politik nicht wie die Männer als Arbeiter, Handwerker, Landwirte, Angestellte, Arbeitgeber. Den

⁸⁾ Agnes von Zahn-Harnack, Die Frauenbewegung, Geschichte, Probleme, Ziele, Berlin 1928, 286.

⁹⁾ Ebd.

¹⁰) Mathilde Drechsler-Hohlt, Politik – Parteipolitik und Frauenverbände, in: Die Frau 32, 1924/25, 373–376, hier 374.

beiden demokratischen Staatsideen: Nation und Persönlichkeit ist die Mehrzahl von ihnen unmittelbar – ohne das Medium des Berufsinteresses, in dem oft alles Größere und Innerliche stecken bleibt – verpflichtet"¹¹), schrieb Gertrud Bäumer im Januar 1919 – nach gut zehnjähriger Erfahrung als Parteimitglied.

Untersucht man das Verhältnis zwischen "großer Politik" und "Frauenfrage" in einer Partei, so läßt sich relativ schnell feststellen, welche Bereiche von Männern und Frauen übereinstimmend als relevante Themen be- und gehandelt wurden. Die Definition der "Frauenfrage" bereitet jedoch Schwierigkeiten. Der Grundüberzeugung Helene Langes, daß die Frauenfrage keine Einzelfrage sei, sondern "Anteil an jeder sozialen oder politischen Frage überhaupt" habe¹²), standen bis zur Jahrhundertwende die vollständige Ignoranz und anschließend die Meinung der definitionsmächtigen Politiker gegenüber, Frauenfragen hätten sich auf einige wenige der "weiblichen Eigenart" entsprechende Einzelforderungen zu beschränken. ¹³) Diese Ansicht setzte sich bei den aktiven Politikerinnen zwar nicht durch, in der Praxis beschränkten sie sich jedoch auf auffallend wenige Politikfelder, was Bruce B. Frye zu der Schlußfolgerung veranlaßte, die Frauen in der DDP hätten in gewissem Maße die Behandlung erfahren, die sie verdienten. 14) Wenn auch keineswegs alle Politikerinnen die Einschränkung ihrer politischen Zuständigkeit auf die Kultur- und Sozialpolitik, speziell die Jugend-, Frauen- und Familienpolitik, akzeptierten, profilierten sich letztlich doch die meisten auf diesen Gebieten. So spiegelt nicht nur die Form der Einbeziehung von Frauen in die Parteiarbeit, sondern auch der Stellenwert, der den von Frauen bevorzugt vertretenen Politikfeldern innerhalb der Partei eingeräumt wurde, die parteiinterne Integration bzw. Ausgrenzung der Frauen. Möglichkeiten und Grenzen frauenpolitischen Wirkens sollen hier am Beispiel der DDP und ihrer Vorläufer-

¹¹) Gertrud Bäumer, Die Frauen in der deutschen Demokratie, in: Die Frau 26, 1918/19, 100–106, hier 106.

¹²) Helene Lange, Die Aufgaben der Frauen in den politischen Parteien, in: Die Frau 18, 1910/11, 449–452, hier 451.

¹³) S. dazu den Abschnitt bei Zahn-Harnack, in dem die Autorin einen Überblick gibt, ob und in welcher Form sich die deutschen Parteien vor 1908 überhaupt mit Frauenfragen auseinandergesetzt hatten; *Zahn-Harnack*, Frauenbewegung (wie Anm. 8), 281–294.

¹⁴) *Bruce B. Frye*, Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party. Carbondale/Edwardsville 1985, 96.

organisationen vorgestellt werden. Nach einer kurzen Darstellung der Rahmenbedingungen werde ich im ersten Teil auf die politische Arbeit der Frauen vor 1908 eingehen, um im zweiten Abschnitt deren Möglichkeiten und Grenzen zu beleuchten, die das neue Vereinsgesetz den Frauen für die politische Arbeit bot. Im dritten Teil werden die 1919 verfassungsmäßig verankerten Rechte mit den Schwierigkeiten kontrastiert, die sich der Tätigkeit von Politikerinnen in der DDP und der Plazierung von Frauenfragen bis zur Auflösung der DDP 1930 stellten.

Der sporadische Blick auf die Frauen in den anderen Parteien Deutschlands läßt erkennen, daß in bezug auf diese Fragestellungen die Unterschiede nicht sehr groß waren. Frauen scheinen in allen Parteien sehr ähnliche Probleme gehabt zu haben. Auch in den Parteien Englands und Frankreichs zeichneten sich vergleichbare Schwierigkeiten für Frauen ab. Trotz eklatanter Unterschiede, wie z.B. des Fehlens einer direkten Barriere für den Eintritt der Frauen in die Parteien, wie sie in Form des Reichsvereinsgesetzes in Deutschland existierte, haben die indirekten Barrieren für Frauen in den liberalen Parteien Englands und Frankreichs offensichtlich zu ähnlichen Ergebnissen geführt. ¹⁵) Ein systematischer Vergleich steht noch aus. Er könnte neues Licht nicht nur auf die kaum erforschte Stellung der Frauen in diesen Parteien werfen, sondern auch erhellende Rückschlüsse auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede der liberalen Parteien Europas ermöglichen.

I. Frauen und liberale Parteien vor 1908

Die parteipolitische Geschichte des deutschen Liberalismus ist die Geschichte zahlreicher Partei- bzw. Vereinsvereinigungen und -spaltungen. Nach Impulsen, die die liberalen Strömungen in Deutschland durch die Französische Revolution und die Revolution von 1848 erhalten hatten, verhinderte die Reaktion nur kurzfristig einen weiteren Auf-

¹⁵) Vgl. Christine Bolt, The Women's Movements in the United States and Britain from the 1790s to the 1920s. London 1993; Steven C. Hause/Anne R. Kenney, Women's Suffrage and Social Politics in the French Third Republic. Princeton, N. J. 1984; Laurence Klejman/Florence Rochefort, L'égalité en marche. Le féminisme sous la Troisième Republique. Paris 1989, bes. 117–126; Constance Rover, Women's Suffrage and Party Politics in Britain 1866–1914. London/Toronto 1967; Mary P. Ryan, Women in Public. Between Banners and Ballots, 1825–1880. Baltimore/London 1990; Lilian Lewis Shiman, Women and Leadership in Nineteenth-Century England. Basingstoke 1992, bes. 182–201.

schwung der liberalen Vereine. Mit dem Beginn der "neuen Ära" kam es zu einer starken Belebung des politischen Vereinswesens; in den 1860er Jahren fanden dann zwei für den deutschen Liberalismus entscheidende Weichenstellungen statt: die Spaltung der liberalen Bewegung in Linksliberale und Nationalliberale (1866) und der mit der Formierung der Parteien endgültig vorgenommene Ausschluß der Frauen als offizielles Subjekt liberaler Parteipolitik.

Mitte des 19. Jahrhunderts, als "aus der Vereinsbereitschaft der Bürger eine Art Vereinsleidenschaft geworden" war¹⁶), wurden – zeitlich verzögert – parallel zu den Organisationen der (männlichen) Liberalen die der bürgerlichen Frauenbewegung aufgebaut. Letztere verstand sich als streng unpolitisch - auch wenn von Beginn an allein die Existenz solcher Frauenvereine ein Politikum ersten Ranges bildete. Programme und Organisationen der Liberalen basierten dagegen zumeist völlig unreflektiert auf dem Ausschluß der Frauen. Die geforderten Ziele Freiheit, Einheit, Wahlrecht etc. bezogen sich auf Männer, ohne daß dies ausdrücklich erwähnt werden mußte. Diese Selbstverständlichkeit findet sich bis in die neueste Literatur zum Thema "liberale Parteien", obwohl auf das verstärkte Auftreten von Frauen in der Politik seit 1848/49 in mehreren Studien hingewiesen wurde. 17) "Über die Haltung der Liberalen zu dem Versuch von Frauen, in das Männerreservat Politik vorzudringen, ist bislang jedoch nur wenig bekannt", stellte Dieter Langewiesche erst kürzlich fest und forderte, der "Frage nach den Geschlechterverhältnissen in Theorie und Praxis" in der Liberalismusforschung in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu widmen. 18) Denn viel ist über das

¹⁶) *Thomas Nipperdey*, Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Hartmut Boockmann/Arnold Esch/Hermann Heimpel (Hrsg.), Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland. (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 1.) Göttingen 1972, 1–44, hier 3.

¹⁷) So z. B. *Helen Boak*, Women in Weimar Politics, in: EHQ 20, 1990, 369–399; *Carola Lipp*, Frauen und Öffentlichkeit. Möglichkeiten und Grenzen politischer Partizipation im Vormärz und in der Revolution 1848/49, in: dies. (Hrsg.), Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Moos 1986, 270–307; *Sylvia Paletschek*, Frauen im Umbruch. Untersuchungen zu Frauen im Umfeld der deutschen Revolution von 1848/49, in: Beate Fieseler/Birgit Schulze (Hrsg.), Frauengeschichte: Gesucht – Gefunden? Köln/Weimar/Wien 1991, 47–64.

¹⁸) Dieter Langewiesche, Liberalismus und Region, in: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Libera-

Scheitern des Liberalismus nachgedacht und geschrieben worden, der konsequente Ausschluß der Frauen ist jedoch keineswegs in den Kanon der bedenklichen Weichenstellungen aufgenommen worden. So erwähnte Thomas Nipperdey in seinem Standardwerk "Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918" Frauen lediglich an sieben Stellen als Objekte der Agitations- und Sozialpolitik sowie in ihrer numerischen Bedeutung für die Parteimitgliederzahlen nach 1908 (an Persönlichkeiten stellte er nur Rosa Luxemburg und Lily Braun als "bekannte Führer" der Sozialdemokratie am Rande vor)¹⁹); der von Maria Lischnewska in Berlin gegründete "Verein der liberalen Frauen" (später "Liberale Frauenpartei") wird hier nicht genannt, also nicht zu den Anfängen liberaler Parteienorganisation gezählt. Die neueren Arbeiten zur Geschichte der DDP/DStP führen zwar die bekanntesten Politikerinnen im Personenregister auf und ihre Verfasser beziehen die überlieferten Reden und Äußerungen, die Publizistik und die Memoiren dieser Politikerinnen durchaus in die Darstellung mit ein, jedoch ohne näher zu untersuchen, welchen Stellenwert sie innerhalb der Partei hatten und welche Rolle die Tatsache spielte, daß diese Parteimitglieder dem "anderen Geschlecht" angehörten.²⁰)

Besonders deutlich wird das am Beispiel der herausragendsten DDP-Politikerin, Gertrud Bäumer. Aus ihrer umfangreichen Publizistik und ihren Reden wird in den Standardwerken zur Geschichte der DDP häu-

lismus im 19. Jahrhundert. (HZ, Beihefte, NF., Bd. 19.) München 1995, 1-18, hier 16ff

¹⁹) *Thomas Nipperdey*, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Düsseldorf 1961, 352. Diese unkommentierte Erwähnung ist eine der sieben Stellen im Buch, an denen Frauen thematisiert werden.

²⁰) So z. B. *Lothar Albertin*, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 45.) Düsseldorf 1972; *Jürgen C. Heβ.* "Das ganze Deutschland soll es sein". Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei. (Kieler Historische Studien, Bd. 24.) Stuttgart 1978; *Larry Eugene Jones*, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918–1933. Chapel Hill/London 1988; *Erich Matthias/Rudolf Morsey*, Die deutsche Staatspartei, in: dies. (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960, 31–97; *Werner Schneider*, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930. München 1978: *Hartmut Schustereit*, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930. (Geschichte und Gesellschaft, Bd. 9.) Düsseldorf 1975.

fig zitiert, um *die* Meinung der DDP wiederzugeben. So führt Lothar Albertin z. B. öfters Gertrud Bäumers "Hilfe"-Artikel an, die (nicht nur seiner Meinung nach) präzise die Mehrheitsmeinung der DDP zu den verschiedensten Themen auf den Punkt bringen.²¹) Der Persönlichkeit Gertrud Bäumers wird dagegen nicht so große Bedeutung beigemessen, obwohl sie durch ihre Tätigkeit als Ministerialrätin im Reichsministerium des Innern, durch ihre Mitgliedschaft in der Nationalversammlung und im Reichstag sowie als stellvertretende Vorsitzende des Parteiausschusses eine unübersehbare Rolle in der DDP spielte. Ihre integrierende Funktion wird meist ebenso nur indirekt (über ihre Zuordnung zum Naumann-Kreis) erwähnt, wie ihr Anteil am Kurs der Partei kleingeschrieben wird. Offensichtlich muß man, wie Werner Stephan, Gertrud Bäumer persönlich gekannt haben oder einen Blick für die Kategorie Geschlecht besitzen, um ihr in der Darstellung der Parteiengeschichte mehr Gewicht zu verleihen.²²)

Nur einzelne Persönlichkeiten erkannten das Potential, das in den Frauen und den Frauenorganisationen steckte und für den Liberalismus nutzbar gemacht werden konnte. Dazu gehörte Friedrich Naumann, der der liberalen Frauenpartei schon im Herbst 1909 einen Vortrag zusagte.²³) Naumann zeigte damit nur einmal mehr, daß er gewillt war, ungewöhnliche Wege zu gehen, um seinen Organisationen eine breitere Basis zu schaffen. Der von ihm 1896 gegründete Nationalsoziale Verein war einer von vielen Versuchen gewesen, eine liberale politische Partei zu gründen. Der Name drückte bereits das Konzept aus. Die durch den "Klassenkampf" und sozio-ökonomische Unterschiede ge-

²¹) *Albertin*, Liberalismus und Demokratie (wie Anm. 20), 26, 29, 34, 41, 57, 76, 100, 319, 326 f., 334.

²²) Werner Stephan sah in Gertrud Bäumer eine herausragende Politikerin, die er z.B. 1924 für ebenso qualifiziert hielt wie den damals zum Vorsitzenden der DDP gewählten Erich Koch-Weser. "Aber in dieser Frühzeit der Republik war eine Frau an der Spitze einer Partei nicht denkbar"; *Werner Stephan*, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973, 500; Richard J. Evans bezeichnete Gertrud Bäumer als "den Friedrich Naumann der Frauenbewegung" und hielt sie für die herausragendste Politikerin der bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik; *Richard J. Evans*, The Feminist Movement in Germany 1894–1933. London/Beverly Hills 1976, 153 f. u. 243

²³) Schriftwechsel Friedrich Naumanns mit Vereinen und Verbänden über zu haltende Vorträge; Bundesarchiv Koblenz, Abteilungen Potsdam (= BA Potsdam), Nachlaß Friedrich Naumann, 90 Na 3, Nr. 28, S. 180 f.

fährdete Volkseinheit sollte durch sozialpolitische Maßnahmen und Förderung des Nationalbewußtseins gesichert und gestärkt werden. Der Versuch, Politik zu betreiben, ohne einen verbindenden Klassenbegriff und ohne Festlegung auf eine Konfession, also ohne Verankerung in einem klar umrissenen Sozialmilieu und ohne die Unterstützung bedeutender außerparlamentarischer Massenorganisationen, scheiterte bekanntlich. Zwischen Regierung und Parteien wurde dieser Verein aufgerieben, so daß Naumann ihn 1903 auflöste. Das Motiv der nationalen Integration und die Idee der Versöhnung der Klassen trugen Naumann und der Kreis seiner Anhänger jedoch in alle weiteren Parteigründungen hinein. Er war einer der rührigsten Politiker, was die Einigung der Liberalen betraf, und sein immer wieder bezeugtes Charisma wirkte ganz offensichtlich besonders auch auf Frauen.²⁴) Dabei tat sich Naumann niemals als Vorkämpfer für die politischen Rechte der Frau hervor. In dem im Februar 1908 gegründeten "Freisinnigen Wahlrechtsausschuß", einem Ausschuß der drei linksliberalen Parteien (Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung, Deutsche Volkspartei), wurde das Thema Frauen weder im Zusammenhang mit der Reform des Dreiklassenwahlrechts noch des Vereinsgesetzes jemals angesprochen.²⁵) Auch zeigen die Stenographischen Berichte der Verhandlungen des Reichstages angesichts des Entwurfs eines neuen Reichsvereinsgesetzes im März und April 1908 ganz deutlich, daß die im Entwurf vorgesehene Zulassung der Frauen Naumann keineswegs zu politischen Visionen anregte.²⁶) Nachdem das Gesetz am 15. Mai 1908 in

²⁴) Elly Heuss-Knapp zu Naumanns Charisma: "Wenn Naumann damals Mohammedaner geworden wäre, hätten wir es sicher nachgemacht"; Elly Heuss-Knapp, Ausblick vom Münsterturm. Erlebtes aus dem Elsaß und dem Reich. Berlin 1934, 35.

²⁵) Dokumente zur Tätigkeit des Freisinnigen Wahlrechtsausschusses Januar 1908 bis 21. Dezember 1910; BA Potsdam, 90 Na 3, Nr. 59, S. 32–54.

²⁶) Naumann meldete sich während der Debatten mehrmals zu Wort, das Thema Frauen sprach er jedoch nicht an. Dieser Aspekt des Gesetzesentwurfes wurde als so marginal empfunden, daß er nur einmal von dem SPD-Abgeordneten Wolfgang Heine erwähnt wurde; Stenographische Berichte der Verhandlungen des Reichstags, 12. Legislaturperiode, 1. Session, Bd. 232. Berlin 1908, 4558. Daß es sich bei der Zulassung von Frauen zu den Parteien nur um einen, den Liberalen völlig unwichtigen Nebeneffekt handelte, geht auch aus dem Beitrag Eleanor L. Turks hervor; *Eleanor L. Turk*, German Liberals and the Genesis of the Association Law of 1908, in: Konrad H. Jarausch/Larry Eugene Jones (Eds.), In Search of a Liberal Germany. Studies in the History of German Liberalism from 1789 to the Present. New York/Oxford/München 1990, 237–260.

Kraft getreten war und Frauen, ohne auf Einladungen zu warten, durch ihren Eintritt in die liberalen Parteien bislang unvorhersehbare Fakten geschaffen hatten²⁷), versuchte Naumann jedoch sehr schnell, diesen neuen Tatbestand seinen Zielen nutzbar zu machen.

Naumann im Zusammenhang von Liberalismus und dem (offiziellen) Eintritt der Frauen in die Parteienpolitik hervorzuheben, ist einmal durch die Tatsache zu begründen, daß viele Mitglieder der bürgerlichen Frauenbewegung immer wieder betont haben, daß es die nationalsozialen Ideen Naumanns waren, die sie veranlaßten, in die Partei einzutreten, der er angehörte. Zum anderen gaben fast alle der in der späteren DDP an herausragender Stelle tätigen Frauen ebenfalls an, daß sie durch die Naumannschen Ideen für die politische Mitarbeit gewonnen worden seien. ²⁸) Dabei ist hier gleichgültig, ob sie sich direkt durch Naumann oder durch führende Mitglieder des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF) inspirieren ließen, die sich bekanntermaßen in großer Zahl der Naumannschen Partei angeschlossen hatten. ²⁹)

In zeitgenössischen Schriften zum Thema Frauen und Politik wurde betont, daß es eine Mitarbeit von Frauen in politischen Vereinen und

²⁷) "Es waren die politisch aktiven Frauen, die auf die linksliberalen Parteien zugingen – nicht umgekehrt"; *Dieter Langewiesche*. Liberalismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1988, 155.

²⁸) In ihren Lebenserinnerungen stellen direkt den Zusammenhang zwischen Friedrich Naumann und dem Parteieintritt her: Helene Lange, Lebenserinnerungen. Berlin 1921, 238: "Der Liberalismus, dem Friedrich Naumann eine kräftige soziale Note gegeben hatte, war die Grundlage, von der aus ich mein besonderes Lebenswerk in der Frauenbewegung aufgefaßt hatte"; Gertrud Bäumer, Lebensweg durch eine Zeitenwende. Tübingen 1933, 221: "Für mich war Friedrich Naumann immer mehr der Führer geworden"; Marie Baum, Rückblick auf mein Leben. Heidelberg 1950, 218: "Wie Gertrud Bäumer hatte auch ich mich der DDP angeschlossen und sah die neu zu schaffende Ordnung unter dem längst vertrauten Gesichtspunkt der nationalsozialen Gedankengänge Friedrich Naumanns, an dessen schöpferische Kraft ich glaubte." - Die Bedeutung Friedrich Naumanns wurde nach seinem Tod von Gertrud Bäumer immer wieder betont. Ihre Ansicht wurde von vielen Frauen der DDP geteilt, der von ihr veranstaltete Kult um seine Person nur selten kritisiert. Dazu Ricarda Huch in einem Brief vom 9. Oktober 1919 an Marie Baum: Naumann "muß ein sehr guter und auch persönlich sehr anziehender Mensch gewesen sein, aber den Versuch der Bäumer, einen Helden aus ihm zu machen, finde ich ganz verfehlt"; Ricarda Huch, Briefe an die Freunde. Hrsg. v. Marie Baum. Zürich 1986,

²⁹) Vgl. *Boak*, Women in Weimar Politics (wie Anm. 17), 372 f., und *Frye*, Liberal Democrats (wie Anm. 14), 95.

Parteien schon vor 1908 gegeben hatte.³⁰) Nicht nur in der SPD, auch in den liberalen und konservativen Parteien arbeiteten Frauen mit, vor allem in wenig Aufsehen erregenden, dafür aber in für die Vereine und Parteien um so bedeutenderen Bereichen: im Propagandabereich, bei der Mitgliederwerbung und im Wahlkampf.³¹) Sie sorgten für die Verbreitung von Flugblättern und Plakaten, erledigten Büroarbeiten und redaktionelle Tätigkeiten aller Art, gingen von Haus zu Haus, organisierten Vorträge und Versammlungen, getreu dem Motto Friedrich Naumanns: "Eine Partei ohne Mitgliedergewinnung ist tot."32) Diese inoffizielle Mitarbeit war selbstverständlich und nicht der Rede wert. Immer die schwierige Situation des Liberalismus vor Augen, wagten es die Frauen kaum, von den liberalen Parteien die Aufnahme von Forderungen der Frauenbewegung in das Parteiprogramm zu verlangen.³³) Noch weniger gab es Anlaß, die aufopferungsvolle Tätigkeit weiblicher Familienangehöriger bekannter Politiker zu erwähnen. An die Bedeutung von Elly Heuss-Knapp und Marianne Weber für die Karrieren ihrer Männer soll hier nur kurz erinnert werden. Daß diese Art selbstloser, oft selbstverleugnender Tätigkeit von männlichen Liberalen wie von der Gesellschaft schlechthin uneingeschränkt gefordert wurde, zeigt deutlich die harsche Kritik an Naumanns Gattin, Magdalene Naumann, die angeblich "den über den Pflichtenkreis der dörflichen Pfarrfrau sich ausweitenden Aufgaben nur unvollkommen gewachsen"

³⁰) Offiziell aufgenommene weibliche Parteimitglieder konnten vor 1908 bei den Liberalen nur für "Hamburg (ab 1903) und Baden (ab 1904)" festgestellt werden; *Langewiesche*, Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 27), 155.

³¹) Werner Thönnessen stellte für die SPD der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts fest: "Die wichtigste Aufgabe der Frauenbewegung wurde … die Wahlhilfe für die Partei"; *Werner Thönnessen*, Frauenemanzipation. Politik und Literatur der Deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863–1933. Frankfurt am Main 1969, 70 f. Auch die Women's Liberal Associations in England sahen ihre Hauptaufgabe in der Wahlhilfe; *Lewis Shiman*, Women (wie Anm. 15), 182 f.

³²) BA Potsdam, Fortschrittliche Volkspartei, 60 Vo 3, Nr. 54, 14 u. 16; vgl. auch *Lange*, Lebenserinnerungen (wie Anm. 28), 237 f.

³³) Wenn solche Anträge gestellt wurden, trugen sie von vornherein einen defensiven Charakter. So beschränkten z. B. die bayerischen Frauenvereine anläßlich der Landtagswahlen 1905 ihre Forderungen an die bayerischen liberalen Parteien auf die drei drängendsten Probleme, "in der Erwägung, daß es die Gewährung unseres Antrages wesentlich erschweren würde, wenn wir die Vertretung von weitergehenden Forderungen verlangten, für welche in Wählerkreisen noch wenig Sympathie zu erwarten ist"; Die bayerischen Frauenvereine an die liberalen Parteien, in: Die Frau 12, 1904/05, 307–309, hier 307.

war.³⁴) Das Mitgefühl führender Parteimitglieder war Naumann in dieser Angelegenheit sicher.

Nicht nur die geforderte Arbeitsleistung innerhalb der Familie, die die Frauen erbrachten, wurde gering geachtet. Auch die freiwillige Unterstützung für die liberalen Parteien brachte den Frauen keinerlei Anerkennung. "Unter Spott und Hohn, gemieden und gehaßt, sind wir unerschütterlich unseres Weges gegangen", erinnerte sich Maria Lischnewska.³⁵) Helene Lange rief ins Gedächtnis, daß sich im Kampf um die höhere Mädchenbildung der Liberalismus, bei dem die Frauen "als bei dem eigentlichen Träger der großen Bildungsbewegungen in unserem Volk eine natürliche Bundesbrüderschaft hätten finden können", wenig hilfreich zeigte.³⁶) Und trotzdem traten 1908 nicht nur in Berlin Frauen mit hochgespannten Erwartungen in die liberalen Parteien ein. Schon bald stellte sich jedoch heraus, daß diese Hoffnungen enttäuscht wurden, da die "Mutigen, die es taten, in den Männervereinen nicht die große Strömung, nicht die Mitarbeit fanden, die sie suchten".³⁷) Die Frauen wurden nicht umworben, sie mußten sich aufdrängen, und dazu kam die Routine der politischen Vereine, die auf viele "den Eindruck der Schwunglosigkeit, des Stumpfsinns und der Geistesträgheit [machte]. Manchmal war das einzig Intensive dieser Versammlungen – der Rauch" formulierte Helene Lange bissig.³⁸) Trotz alledem stellte sie im Rückblick auf ihr Leben fest: "Den meisten von uns war klar, daß der Weg in die Parteien beschritten werden mußte."39)

³⁴) Theodor Heuss, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. 3. Aufl. München/Hamburg 1968, 232.

³⁵⁾ Liberale Frauenpartei. Bericht über das Geschäftsjahr vom 1. April 1912 bis 1. April 1913; BA Potsdam, 60 Vo 3, Nr. 54, 16.

³⁶) Helene Lange, Die Frauen und das politische Leben, in: dies., Kampfzeiten. Aufsätze und Reden aus vier Jahrzehnten. Bd. 1. Berlin 1921, 351–367, hier 358.

³⁷) Emma Haushofer-Merk, Dr. Ohr als Freund der Frauenbewegung, in: Wilhelm Ohr zum Gedächtnis. Gotha 1918, 85–89, hier 86.

³⁸⁾ Lange, Lebenserinnerungen (wie Anm. 28), 238.

³⁹) Ebd. 237. – Der "Hamburgische Correspondent" vermutete wohl nicht zu Unrecht, daß die Frauen lediglich als "Sklaven der Partei" gesehen wurden, die Briefmarken kleben und Umschläge beschriften sollten; vgl. *Evans*, Feminist Movement (wie Anm. 22), 86.

II. Der Eintritt der Frauen in die liberalen Parteien 1908

Keine der liberalen Parteien hatte bis 1908 die politische Gleichberechtigung der Frau gefordert. Studierte man 1907 die Programme der Parteien rechts von der Sozialdemokratie, so mußte man zu der Schlußfolgerung kommen: "Eine Frauenbewegung gibt es in Deutschland überhaupt nicht."40) Konservative Parteien blendeten die Frauenfrage in ihren Programmen aus, nationalliberale sahen die Forderung nach politischer Gleichberechtigung der Frauen als eine spezifisch sozialdemokratische Angelegenheit an. "Die Stellung des eigentlichen Liberalismus [womit sie den Linksliberalismus meinte] zur Frauenfrage" war für Elisabeth Altmann-Gottheiner "eins der niederdrückendsten Kapitel in der Geschichte der Frauenbewegung".⁴¹) Entgegen den späteren Interpretationen erinnerte die Autorin auch daran, daß die Aufnahme der Frauenfrage - von politischer Gleichberechtigung war natürlich keine Rede – in das Programm der Nationalsozialen 1896 auf Druck Elisabeth Gnauck-Kühnes und gegen den Widerstand Naumanns erfolgte. Die bloße Anerkennung der Existenz einer Frauenfrage vor 1908 trug jedoch dazu bei, daß die Mehrzahl der führenden Frauen, die in der bürgerlichen Frauenbewegung aktiv waren, der Naumannschen Partei den Vorzug gaben. "Ich ging am Tag des Inkrafttretens des Reichsvereinsgesetzes in die Versammlung eines Berliner Lokalvereins in dem freudigen Gefühl, eine neue Welt zu betreten"42), schrieb Helene Lange in ihren Lebenserinnerungen und gab mit diesen Worten dem Gefühl vieler Aktivistinnen der Frauenbewegung Ausdruck. Die Ortsgruppe Berlin der Freisinnigen Vereinigung hatte Helene Lange noch im selben Jahr in den Vorstand gewählt.⁴³) Dieser so reibungslos scheinende Einstieg in die Partei sagte jedoch mehr aus über den Bekanntheitsgrad Helene Langes als über die Einstellung der Gesamtpartei gegenüber der politischen Gleichberechtigung der Frau.

Im September 1909 erschien ein von Helene Lange verfaßter Beitrag in der Zeitschrift "Die Frau", der mit der Frage überschrieben war:

⁴⁰) Elisabeth Altmann-Gottheiner, Die politischen Parteiprogramme in Deutschland und ihre Stellung zur Frauenfrage, in: Die Frau 14, 1906/07, 641-648, hier 641.

⁴¹) Ebd. 643.

⁴²⁾ Lange, Lebenserinnerungen (wie Anm. 28), 238.

⁴³) Zahn-Harnack, Frauenbewegung (wie Anm. 8), 304.

"Sollen die Frauen den politischen Parteien beitreten?"⁴⁴) Anlaß zu einer derartigen Erörterung bot indirekt das im Mai 1908 in Kraft getretene Reichsvereinsgesetz, direkt jedoch die Anwerbeveranstaltungen der Nationalliberalen und der Konservativen, die die Frauen verstärkt als Mitarbeiterinnen entdeckten. Zu Beginn des Textes wurde nochmals betont, daß die Frauenbewegung politisch neutral zu sein habe, auch wenn sich das zugegebenermaßen in der Praxis oft schwierig gestalte. Von dieser Plattform aus machte Helene Lange nun den Versuch, als graue Eminenz des BDF politische Empfehlungen zu geben, die den Charakter des Unpolitischen tragen sollten. Im ersten Teil des Textes empfahl sie den Verbänden und den Vereinen der Frauenbewegung, unter theoretischer Beibehaltung politischer Neutralität sich im praktischen Kampf mit dem Liberalismus zusammenzutun, "ganz einfach deshalb, weil sie in ihm die einzige bürgerliche Partei finde[n], die, innerhalb gewisser Grenzen wenigstens, für ihr Programm eintritt". Wie politische Neutralität zu demonstrieren sei, zeigte sie am Beispiel der Frauenstimmrechtsbewegung auf, in der es seit 1907/08 zu großen Richtungsstreitigkeiten gekommen war.⁴⁵) Die Aufgabe der Frauenstimmrechtsbewegung könne es – so Helene Lange – nicht sein, eine Demokratisierung des Wahlrechts zu fordern, auch wenn sie selbst "eine leise Inkonsequenz darin [empfand], für das Frauenstimmrecht einzutreten und zugleich Gegner des allgemeinen Wahlrechts zu sein". Dieser Widerspruch ergab sich für Helene Lange aus der Unterscheidung zwischen prinzipiellen bzw. theoretischen und praktischen bzw. taktischen Strategien. "Wenn daher ohne Zweifel eine gewisse Logik darin liegt, daß man das Frauenstimmrecht nur in der Form des allgemeinen Wahlrechts erstrebt, so ist es doch vielleicht politisch und taktisch nicht richtig. Gerade weil bei uns in Deutschland die Frauenstimmrechtsbewegung noch so unpopulär ist, sollte man alles vermeiden, was die Zuführung von Streitkräften hemmt und Spaltungen in die Bewegung hineinzubringen geeignet ist."

Nach dieser Empfehlung für die Vereine und Verbände stellte sich Helene Lange im zweiten Teil des Textes die Frage, wie sich die ein-

⁴⁴) *Helene Lange*, Sollen die Frauen den politischen Parteien beitreten?, in: Die Frau 16, 1908/09, 735–738.

⁴⁵) Vgl. *Bärbel Clemens*, Der Kampf um das Frauenstimmrecht in Deutschland, in: Christl Wickert (Hrsg.), "Heraus mit dem Frauenwahlrecht". Die Kämpfe der Frauen in Deutschland umd England um die politische Gleichberechtigung. (Frauen in Geschichte und Gesellschaft, Bd. 17.) Pfaffenweiler 1990, 51–123, hier 85–103.

zelne Frau, die der Frauenbewegung angehörte, den politischen Parteien gegenüber zu verhalten habe. Dem Individuum stand nach Helene Lange zumindest theoretisch ein Weg mehr offen als den Verbänden: "Wenn man in seiner politischen Partei zugleich eine volle Vertretung des Programms der Frauenbewegung sucht, so bliebe eben nur die Sozialdemokratie, und für die sozialdemokratischen Frauen besteht daher die Dissonanz zwischen ihrer politischen Meinung und ihren frauenrechtlerischen Überzeugungen nicht." Warum nun sollte eine Frau in eine Partei eintreten, die ihr weniger versprach? Weil, so fuhr Helene Lange fort, man nicht von einer Partei erwarten könne, daß sie alle Überzeugungen, Wünsche und Ansichten des Individuums vertrete. Und deshalb: "Solange man anerkennt, daß es im politischen Leben noch andere erstrebenswerte Ziele und wichtige Aufgaben gibt als die der Frauenbewegung, ... kann man seine Zugehörigkeit zu einer Partei nicht von ihrer Stellung zu den Frauenforderungen abhängig machen." Auch diese Gedankenkonstruktion endete mit einem Hinweis, daß Provokationen für die Sache der Frau wenig förderlich seien: Die Mitarbeit der Frauen in den etablierten Parteien sei unter anderem auch deshalb vonnöten, da "nur in gemeinsamer Arbeit das Vertrauen der Männer zu dem politischen Können der Frau erwachen und erwachsen kann". Bei der Ablehnung allzu provozierender oder gar gewalttätiger Aktionen zugunsten des Frauenwahlrechts hatte Helene Lange das englische Beispiel vor Augen. Ihre Einschätzung, daß die militanten Demonstrationen der Women's Social and Political Union (W.S.P.U.) der Sache mehr schadeten als nützten, wird von der modernen Forschung bestätigt.⁴⁶)

Damit bezog Helene Lange, die persönlich dafür bekannt war, daß sie für die Einführung des (demokratischen) Reichstagswahlrechts in Preußen plädierte, eindeutig Position zugunsten einer Mitarbeit der Frauen in den liberalen Parteien. Knapp eineinhalb Jahre nach Langes Eintritt in die Freisinnige Vereinigung schätzte sie die Möglichkeiten, die sich Frauen in den liberalen Parteien boten, günstig ein: Hier war laut Helene Lange "eine Möglichkeit schon gegeben zu jener kameradschaftlichen gemeinsamen Arbeit, die, in vollem Umfang durchgeführt, das Ziel der Frauenbewegung ist". Damit kam sie zu völlig anderen Ergebnissen als Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg, die aufgrund des Hamburger Vereinsgesetzes auf eine weit längere Mitgliedschaft in der Freisinnigen Volkspartei zurückblicken konnten, sich be-

⁴⁶⁾ Rover, Women's Suffrage (wie Anm. 15), 91.

reits 1907 enttäuscht von der Parteienpolitik abgewandt hatten und 1918/19 in München ihre Mitarbeit Kurt Eisner nur unter der Bedingung anbieten sollten, "nicht Mitglied einer Partei werden zu müssen".⁴⁷) Das "Dogma der Neutralität", das Helene Lange der bürgerlichen Frauenbewegung gerade beim Eintritt der Frauen in die verschiedenen Parteien anriet, erschien Barbara Greven-Aschoff zu diesem Zeitpunkt nur mehr als "eine Farce".⁴⁸) Helene Lange, der die parteipolitische Differenzierung der Frauen keineswegs entgangen war, setzte bei ihren Ausführungen jedoch voraus, daß Frauen auch als aktive Parteimitglieder in einer parteipolitisch weitgehend neutralen Frauenbewegung verankert bleiben würden.

Während Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg in der Mitarbeit von Frauen in den Parteien um diese Zeit nur mehr eine Zersplitterung der Kräfte sahen, veranschlagte Helene Lange den Gewinn, den Frauen aus der Mitarbeit in den Parteien ziehen konnten, weit höher als die Verluste, die der Frauenbewegung dadurch drohten. Auf demselben Weg, wie die Frauenbewegung auf dem Gebiet der Mädchenbildung und der weiblichen Erwerbsarbeit vorangeschritten war, sollte nun auch der Gipfel der Frauenemanzipation erreicht werden: die gleichberechtigte Mitarbeit in der Politik, wo Frauen durch Leistung die Skepsis der Männer aus dem Weg räumen sollten. Hatte man nicht auch die Universitäten gegen erheblichen Widerstand auf diese Weise erobert? War nicht auch die preußische Mädchenschulreform von 1908 Schritt für Schritt herbeigeführt worden? Beflügelt durch die Teilerfolge der Frauenbewegung, die vor allem den Frauen des Bildungsbürgertums neue Wege eröffnet hatten, traten diese nun in großer Zahl der Partei bei, von der sie sich so etwas wie eine geistige Heimat versprachen. So wies u.a. auch Marie-Elisabeth Lüders darauf hin, daß es gerade die Herausforderung des Reichsvereinsgesetzes gewesen ist, das sie "mehr als vieles andere auf den politischen Weg gedrängt" hatte. 49)

Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges versuchten die Frauen, über das in der Partei übliche Antragsverfahren bessere Arbeitsbedingungen

⁴⁷) Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg traten bereits 1903 in die Partei ein; *Clemens*, Kampf um das Frauenstimmrecht (wie Anm. 45), 79, 88 u. 111.

⁴⁸) *Barbara Greven-Aschoff*, Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894–1933. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 46.) Göttingen 1981, 125 u. 131.

⁴⁹) Marie-Elisabeth L\u00e4ders, F\u00fcrchte Dich nicht. Pers\u00f6nliches und Politisches aus mehr als 80 Jahren. 1878–1962. K\u00f6ln/Opladen 1963, 55.

zu erhalten und die politische Gleichberechtigung im Programm verankern zu lassen. Die erste Bewährungsprobe – für die liberalen Parteien, nicht für die Frauen - stellte sich Anfang 1910, als der Vorstand des Wahlvereins der Liberalen in Berlin die Fusion der liberalen Parteien vorbereitete.⁵⁰) Der Programmentwurf, wegen der politischen Brisanz vertraulich behandelt, enthielt einen Frauenparagraphen, dessen Durchführung den Liberalismus nicht in Unkosten stürzen würde, wie Helene Lange dazu bemerkte. Es war Gertrud Bäumer, die in der zum letzten Mal separat tagenden Sitzung der Freisinnigen Vereinigung, unterstützt von Carl Petersen, den Antrag einbrachte, "den besonderen Abschnitt über die Frauenfrage aufzulösen und bei den grundsätzlichen Einleitungsworten die Gleichberechtigung beider Geschlechter im staatlichen Leben auszusprechen".51) Daß dieser Antrag gegen eine Stimme angenommen wurde, erscheint zunächst als kein geringes Verdienst Bäumers.⁵²) Hatten sich doch Freisinnige Volkspartei und Deutsche Volkspartei (DtVP) bis dahin bestenfalls im restriktiven Sinne zur Frauenfrage geäußert, und nur in der Freisinnigen Vereinigung, der sich 1903 die Nationalsozialen angeschlossen hatten, gab es dieser Frage gegenüber eine gewisse Sensibilität.

Der Teilerfolg der Frauen blieb jedoch ein Scheingefecht, dessen Ergebnis aus formalen Gründen nicht in das Programm der Fortschrittlichen Volkspartei übernommen werden konnte. Da die süddeutschen Demokraten die liberale Vereinigung aufgrund des vorliegenden Programmentwurfs beschlossen hatten, hätte eine so weitgehende Ände-

⁵⁰) Protokoll der Vorstandssitzung des Wahlvereins der Liberalen im Reichstag am 8. und 9. Januar 1910, BA Potsdam, 90 Na 3, Nr. 59, 247–252.

⁵¹⁾ Ebd. Im vorletzten Abschnitt des Programms, dem "Frauenparagraphen", hieß es: "Erweiterung der Rechte der Frauen und ihres Erwerbsgebietes. Erleichterung der Frauenbildung und Reformen im staatlichen Berechtigungswesen. Aktives und passives Wahlrecht der Frauen für die Kaufmanns- und Gewerbegerichte, Gleichberechtigung in den Einrichtungen der Reichsversicherungsgesetzgebung. Verstärkte Mitwirkung der Frauen auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und des Bildungswesens. Heranziehung der Frauen zur Kommunalverwaltung". Dieses Einigungsprogramm der Fortschrittlichen Volkspartei findet sich gedruckt in: Felix Salomon (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme. Bd. 2: Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart 1871–1912. 2. Aufl. Leipzig/Berlin 1912, 134–138, hier 137 f. 52) Maria Lischnewska, die denselben Antrag in der freisinnigen Volkspartei einbrachte, scheiterte damit. Man entschloß sich dort lediglich, dem nächsten (gemeinsamen) Parteitag "eine sorgsame Prüfung der politischen Forderungen der Frauen" zu empfehlen; Gertrud Bäumer, Die fortschrittliche Volkspartei und die Frauen, in: Die Frau 17, 1909/10, 385–389, hier 387.

rung des Programms eine nochmalige Stellungnahme der DtVP verlangt, die Fusion hätte somit verschoben werden müssen und wäre damit gefährdet gewesen. Die Delegierten der Freisinnigen Vereinigung und der Freisinnigen Volkspartei waren sich bei Beginn der Verhandlungen einig, "daß die Verhandlungen über das Programm nur noch platonischen Charakter tragen, das heißt, daß keine Beschlüsse mehr gefaßt und keine Abstimmungen mehr vorgenommen werden könnten".53) In dieser Situation, die allen Anwesenden klar war, gab es also Zugeständnisse für die Frauen. Die Fusion, die von den Parteileitungen vorbereitet und vom fünften Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen schließlich am 5. März 1910 beschlossen wurde, trat unter dem Namen "Fortschrittliche Volkspartei" mit dem alten Frauenparagraph in Erscheinung: Das Wort "politisch" kam in der Aufzählung der Frauenrechte gar nicht vor, es gab nicht einmal eine eindeutige Aussage zur Mitwirkung der Frauen in der Kommunalverwaltung. "Für die Frauenbewegung", stellte Gertrud Bäumer fest, "ist also der Netto-Gewinn bei der Einigung des Linksliberalismus im besten Fall gleich Null."54) Den weiblichen Delegierten der Freisinnigen Vereinigung blieb bei der Fusion nur der gemeinsame Protest, den Martha [Voß-]Zietz vortrug: "Die zu dem liberalen Parteitag delegierten Frauen erklären, daß die Weigerung der Partei, die politische Gleichberechtigung der Frau als Programmforderung aufzustellen, dem Geist des Liberalismus völlig widerspricht und somit die Ausbreitung des Liberalismus schädigt. Sie protestieren aufs entschiedenste gegen diesen Beschluß, der die Werbekraft des Liberalismus unter den Frauen zum Schaden der liberalen Partei völlig unterbinden wird."55) Aufgrund der Machtverhältnisse innerhalb der Partei steckten die Frauen immer wieder zurück zugunsten der vagen Hoffnung, daß ein Zusammengehen der liberalen Parteien den Liberalismus stärken würde, was wiederum konsequenter- und logischerweise die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frauen vorantreiben müßte.56) Dahinter stand nicht nur die realistische Einschätzung, daß weitergehenden Anträgen selbst in der Freisinnigen Vereinigung die Zustimmung versagt bleiben würde, sondern auch das Wissen,

⁵³⁾ Ebd. 386.

⁵⁴⁾ Ebd.

⁵⁵⁾ Ebd. 387.

⁵⁶⁾ Dies wurde auf der separat tagenden Konferenz der fortschrittlichen Frauen am 3. Oktober 1910 überdeutlich. Vgl. den Bericht über diesen "Fortschrittlichen Frauentag" in der Frankfurter Zeitung v. 4. Oktober 1910, 2.

daß die "agitatorische Kraft des Liberalismus etwa in ländlichen oder kleinbürgerlichen Bezirken durch die Aufnahme des Frauenwahlrechts keineswegs gewinnen" würde.⁵⁷) Denn in den liberalen Parteien zeichnete sich zu dieser Zeit weder in den Führungsgremien noch an der Basis eine Mehrheit für das Frauenwahlrecht ab.⁵⁸)

Bäumer wurde als einzige Frau in den Zentralausschuß der Partei gewählt, dessen Bedeutung jedoch gegen den nur aus Männern gebildeten Geschäftsführenden Ausschuß (GA) abfiel.⁵⁹) Damit hatte die Partei jedoch im Führungskreis von Anfang an eine Frau integriert, die bald zum Leitbild für die erfolgreiche liberale Politikerin und schließlich zur "kulturpolitischen Führerin"⁶⁰) der Linksliberalen aufsteigen sollte. Sie entwickelte hier ihre Strategien, die sie später auch in der Nationalversammlung und im Reichstag einschlug und bis zur Perfektion fortbildete: ständige Präsenz auf allen Sitzungen, egal an welchen Wochentagen und zu welchen Uhrzeiten sie einberufen wurden. Immer konzentriert, niemals unvorbereitet, was sowohl Gespräche vor der Sitzung als auch Lektüre und bereitgehaltene Entwürfe betraf. Diese perfekte Vorbereitung war angesichts der Lage auch notwendig. Fischbeck, der Vorsitzende des Ausschusses, der aus der die neue Partei dominierenden Freisinnigen Volkspartei kam, richtete bereits am 17. Januar 1911 "an die Herren, die in näheren Beziehungen zu dem Agitationsausschuß der Frauen stehen" – damit meinte er wohl in erster Linie den anwesenden Naumann – "die Bitte, sie möchten darauf hinwirken, daß die Damen in ihren öffentlichen Vorträgen die Angriffe unterlassen, die sie sogar unter Namensnennung gegen Führer der Fortschrittlichen Volkspartei richten".61) Auch im Land regte sich Widerstand gegen die zu enge Fühlungnahme mit dem weiblichen Geschlecht: Die Magdeburger Parteifreunde beschwerten sich, daß liberale Abgeordnete vor der dortigen

⁵⁷) Bäumer, Die fortschrittliche Volkspartei (wie Anm. 52), 388.

⁵⁸) Für England konnte Rover feststellen, daß die Führer der Liberal Party seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gegen das Frauenwahlrecht waren, die Basis der Partei jedoch mehrheitlich dafür eintrat; *Rover*; Women's Suffrage (wie Anm. 15), 117 f.
⁵⁹) Zum GA und zum ZA der Fortschrittlichen Volkspartei s. *Nipperdey*, Organisation (wie Anm. 19), 232. Der GA bestand aus 18 Mitgliedern, der ZA aus weit mehr (alle Reichstagsmitglieder, Mitglieder des GA, soweit sie nicht Reichstagsmitglieder waren, und 60 Vertreter der Landesverbände).

⁶⁰⁾ So titulierte Willy Hellpach Bäumer auf dem 7. Parteitag der DDP in Hamburg 1927; Greven-Aschoff, Bürgerliche Frauenbewegung (wie Anm. 48), 166.

⁶¹) Protokoll der Sitzung des GA am 17. Januar 1911; BA Potsdam, 90 Na 3, Nr. 59, 186 r.

Ortsgruppe des BDF sprachen bzw. sprechen wollten.⁶²) Der alltägliche Umgang mit den Frauen gestaltete sich mühsam. Da klagte 1911 der Redakteur der "Liberalen Correspondenz", der auch nicht gerade eine gesicherte Position innerhalb der Partei besaß, daß das ihm überlassene Zimmer im Zentralbüro den Frauen zur Verfügung gestellt worden sei. Gütlich einigte man sich darauf, daß die Frauen das Zimmer nur zu bestimmten Tageszeiten benutzen durften.⁶³) Ein Jahr später wollte Martha Voß-Zietz⁶⁴) zum Parteitag mit Stimmrecht im Zentralausschuß zugelassen werden. Der Geschäftsführende Ausschuß, der mit der Anfrage konfrontiert wurde, hatte die Möglichkeit, sie per Kooptation zuzulassen. Er lehnte jedoch selbst die Zulassung des Parteimitgliedes als Gast ab. 1911 dagegen war sich der Geschäftsführende Ausschuß "einig darüber, daß ... der Führer der bayerischen Jungliberalen, Herr Rechtsanwalt Hübsch, zur Teilnahme an der Sitzung des Zentralausschusses eingeladen werden" sollte - entgegen dem Organisationsstatut.65)

Daß die Forderung nach politischer Gleichberechtigung der Frau immer mehr zum Stein des Anstoßes wurde, je mehr die Frauen sie in die Praxis umzusetzen trachteten, und daß es sich bei den hier angeführten Fällen nicht um Einzelerscheinungen handelte, zeigte spätestens der Mannheimer Parteitag des Jahres 1912, desselben Jahres, in dem der "Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation" gegründet wurde. Die Frauen hatten ihre Mitarbeit in der fortschrittlichen Volkspartei nicht nur verstärkt, sondern auch straff organisiert. Bereits im Oktober 1910 hatten die weiblichen Parteimitglieder auf der "liberalen Frauenkonferenz" einen Zentralausschuß gewählt, der der Partei im Dezember desselben Jahres als Unterorganisation angeschlossen wurde. 66) Dieser

⁶²⁾ Protokoll der Sitzung des GA am 10. Mai 1910; BA Potsdam, 90 Na 3, Nr. 59, 199.

⁶³) Protokoll der Sitzung des GA am 5. April 1911; BA Potsdam, 90 Na 3, Nr. 59, 169.

⁶⁴) Zu Martha Voβ-Zietz, die in der Hamburger Frauenbewegung eine wichtige Rolle spielte, ist bislang wenig bekannt. Am ausführlichsten: Kirsten Heinsohn, Politik und Geschlecht. Zur politischen Kultur bürgerlicher Frauenvereine in Hamburg. Diss. phil. Hamburg 1995.

⁶⁵) Aus den Protokollen der Sitzungen des GA am 28. Februar 1911 und am 28. März 1912; BA Potsdam, 90 Na 3, Nr. 59, 136 f. u. 175.

⁶⁶⁾ Diesem Zentralausschuß gehörten Bäumer, Bennewiz, Jakob und Voß-Zietz als Vorsitzende an; *Greven-Aschoff*, Bürgerliche Frauenbewegung (wie Anm. 48), 145 f. u. 254 Anm. 29.

"Arbeitsausschuß der Frauen der Fortschrittlichen Volkspartei" konzentrierte alle Anstrengungen auf den Reichstagswahlkampf des Jahres 1912. In ca. 60 größeren Orten des Reiches waren Vertrauensfrauen benannt worden, "die den Kontakt zwischen den Frauen an der Basis und an der Spitze aufrecht" erhalten sollten.⁶⁷) Flugblätter und Leselisten wurden angefertigt und verteilt, Werbeveranstaltungen abgehalten, und Wahlhilfe wurde auch den Ortsgruppen angeboten, in denen noch keine organisierte Frauengruppe existierte. Der Arbeitsausschuß fragte bei "alle[n] Kandidaten, die von der fortschrittlichen Volkspartei aufgestellt waren, ... [an], ob sie Wahlhilfe wünschten und welcher Art diese sein solle, ob rednerische Hilfe, ob Schreibarbeit, ob Schlepperdienste usw. erwünscht seien".68) Durch diesen massiven Einsatz wurden auch konservative Parteimitglieder, die überhaupt nichts von der Gleichberechtigung der Frauen hielten, zum Teil davon überzeugt, daß Frauen zusätzliche Stimmen für die Liberalen einwerben könnten. Diese kleinen Erfolge, in denen die Frauen von der Partei als Mittel zum Zweck eingesetzt wurden, erfüllten die Frauen mit Stolz, auch wenn sie sich keine Illusionen darüber machten, welche "neuen Werte" sich die Partei von ihrem Einsatz versprach. Denn sie unterstrichen ihren staatsbürgerlichen Ernst mit der Maxime: "Wir haben in diesem schweren Kampfe nicht von einer Erweiterung unserer Rechte gesprochen, sondern nur von dem, was Deutschland förderlich ist."69)

Diese Unterstützung ließ in der Tat nun einige männliche Liberale nicht unbeeindruckt. Mehrere Vereine beantragten die Aufnahme der politischen Gleichberechtigung der Frauen in das Parteiprogramm. Daraufhin zitierte der Geschäftsführende Ausschuß den Arbeitsausschuß der Frauen zu einer Rücksprache und stellte klar, "daß es bei der Verschiedenheit der Meinungen in der Partei für den Zusammenhang der Partei schädlich sein werde, hier eine Entscheidung herbeizuführen. Die Gegnerschaft ist bei einigen Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses so stark, daß sie im Falle der Annahme der vorliegenden Anträge in Aussicht stellten, nicht mehr die Verantwortung für das Parteiprogramm übernehmen zu können."⁷⁰) Nachdem den Frauen dra-

⁶⁷) Ebd. 145. Die Zahlenangabe von "ungefähr 60" Vertrauensfrauen findet sich bei *Martha Voβ-Zietz*, Die Frauen der fortschrittlichen Volkspartei im Reichstagswahlkampf, in: Die Frau 19, 1911/12, 268–273, hier 269.

⁶⁸) Ebd. 270.

⁶⁹⁾ Ebd. 272.

⁷⁰) Rundschreiben des Arbeitsausschusses der Frauen der Fortschrittlichen Volks-

stisch die absehbaren Folgen eines solchen Antrages vor Augen gestellt waren, kündigte der Geschäftsführende Ausschuß ihnen an, er wolle lediglich eine Resolution in dieser Sache zur Abstimmung stellen. Einen Monat vor dem Parteitag beschloß der Geschäftsführende Ausschuß: "Bei der Frauenfrage wird [Karl] Mommsen ausführen: Mit Rücksicht darauf, daß über diese Frage innerhalb der Partei noch ganz verschiedene Meinungen obwalten, will man jetzt eine Änderung des Programms nicht vornehmen. Der Referent will aber ausdrücklich betonen, daß es jedem Parteimitglied unbenommen ist, im Sinne auch einer weiteren Ausdehnung der politischen Rechte der Frauen bis zur völligen Gleichberechtigung tätig zu sein."71) Die Frauen gaben nicht nach und versuchten im Vorfeld des Parteitages die "test question", d.h. die Frage nach der Unterstützung von Frauenforderungen zu stellen. Helene Lange und Gertrud Bäumer zeichneten als Vertreterinnen des "Arbeitsausschusses der Frauen der Fortschrittlichen Volkspartei" für ein Rundschreiben verantwortlich, in dem sie am 16. September 1912 die Ortsvereine um baldige "freundliche Meinungsäußerung" in dieser Sache und um mündliche Vorbesprechung im Vorfeld des Parteitages baten.⁷²) Auf dem Parteitag selbst, an dem Bäumer als Delegierte des Provinzialverbandes Brandenburg und Helene Lange als einfaches Mitglied teilnahmen, wurde von einigen Frauen der Antrag gestellt, den Punkt "Frauenfragen" vorzuziehen. Dem Antrag wurde nicht stattgegeben, der Punkt wurde von Sonntagabend auf Montagmorgen verschoben. Am Montag stieß die von Mommsen vorbereitete Resolution auf breiten Widerstand der Frauen, so daß der Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses, so wie er formuliert war, zurückgezogen werden mußte. Es war Frau Voß-Zietz, die nun einen neuen Antrag zur Abstimmung vorlegte, der von Gertrud Bäumer, Helene Lange, Julie Salinger, Helene von Foerster, Marie Baum und Bertha Wendt mitgetragen wurde. Unterstützt wurde der Antrag von acht Frauen und 17 Männern (Ludwig Haas sowie den Herren Braband, Ablaß, Schepp, Wendorff, Liesching, Oeser, Weinhausen, Wießner, Puder, Flesch, Blunk, Leser, Petersen, Erdmannsdörfer, Quidde, Platen und Juhl, ursprünglich auch von Naumann und Gothein, die ihre Namen jedoch wieder von der Li-

partei vom 16. September 1912; Universitätsbibliothek Marburg, Nachlaß Rade, MS 839.

⁷¹) Protokoll der Sitzung des GA in Eisenach, Hotel Kaiserhof, am 1. September 1912; BA Potsdam, 90 Na 3, Nr. 59, 128.

⁷²) Rundschreiben des Arbeitsausschusses (wie Anm. 70).

ste streichen ließen). Nach einem Zusatzantrag von Müller-Meiningen rang sich der Parteitag dann schließlich zu folgender Resolution durch: "Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hat die Zahl der berufstätigen Frauen außerordentlich vermehrt. Diese Entwicklung, die sich zweifellos fortsetzt, und die wachsende Teilnahme von Frauen aller Schichten am öffentlichen Leben führt nach der Anschauung weiter Parteikreise mit innerer Notwendigkeit zur politischen Gleichberechtigung der Frau. Der Parteitag fordert deshalb die Parteigenossen auf, die Frauen im Kampf um ihre politischen Rechte bis zur vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung zu unterstützen."⁷³) Diese Verlautbarung entsprach nicht den hohen Erwartungen, die von seiten der Frauen an den Parteitag 1912 gerichtet wurden. Im Vergleich zu den anderen Parteien (mit Ausnahme der SPD) hatten sie jedoch einen bemerkenswerten Etappensieg errungen.

Dem Vorstoß Naumanns im November 1912, wenigstens eine Frau im Geschäftsführenden Ausschuß der Partei zu etablieren, war dagegen kein Erfolg beschieden. Der Vorschlag, "Fräulein Dr. Bäumer als Vertreterin der Frauen" in den Geschäftsführenden Ausschuß zu wählen, wurde mit dem Argument abgelehnt, "daß der Geschäftsführende Ausschuß als das oberste Verwaltungsorgan der Partei nicht mit Rücksicht auf die Ansprüche bestimmter Stände und Geschlechter zusammengesetzt werden dürfe".⁷⁴) Festzuhalten bleibt: auch 1912 schrieb die Partei nicht die politische Gleichberechtigung der Frauen auf ihre Fahnen. Auf der einen Seite formierte sich nun der Widerstand der liberalen Frauen innerhalb und über die Grenzen der Fortschrittlichen Volkspartei hinaus. Im Oktober desselben Jahres schlossen sich die nationalliberalen Frauen in Weimar unter starker Anteilnahme und dem Beifall der Frauen aus der Fortschrittlichen Volkspartei zur "planmäßigen Arbeit innerhalb der Partei unter Führung von Frau Julie Bassermann und Frau Adelheid Steinmann"⁷⁵) zusammen.

⁷³) Protokoll des Parteitages der Fortschrittlichen Volkspartei vom 4. bis 7. Oktober 1912 in Mannheim; BA Potsdam, 60 Vo 3, 78 f.

⁷⁴) Protokoll der Sitzung des GA der Fortschrittlichen Volkspartei am 4. November 1912; BA Potsdam, 90 Na 3, Nr. 59, 122.

⁷⁵) Vgl. *Helene Lange*, Der Zusammenschluß der nationalliberalen Frauen, in: Die Frau 20, 1912/13, 101–103. Zur Vorgeschichte: *Martha Voβ-Zietz*, Die Stellung der nationalliberalen Partei zur Frauenbewegung, in: Die Frau 18, 1910/11, 641–645. Adelheid Steinmann hatte übrigens noch im Mai 1912 die Frage gestellt, ob der BDF nicht doch die Frauengruppen der einzelnen Parteien aufnehmen sollte, um so die Frauen noch stärker an frauenrechtlerische Positionen zu binden. Dieser Vor-

Die Taktik, der Partei bzw. einzelnen Kandidaten der Partei die "test question" zu stellen, wurde bis 1933 beibehalten. Wenn auch wenig spektakulär, scheint dieses Verfahren langfristig doch, ähnlich wie in England und Frankreich, allmählich zu einem Bewußtseinswandel der männlichen Parteimitglieder beigetragen zu haben. Die Versuche der liberalen Frauen in Deutschland, auf legalem Weg zur politischen Gleichberechtigung zu gelangen, weisen über diese Methode hinaus zahlreiche Parallelen zum Kampf englischer und französischer, nichtmilitanter Frauen um das Frauenwahlrecht auf. Bei allen Unterschieden verband die liberalen Parteien Deutschlands, Englands und Frankreichs eine Prioritätensetzung in der Politik, bei der die "Frauenfrage" immer hintangestellt wurde. Die Nation, der Staat, die angestrebte Solidargemeinschaft aller Klassen zählten mehr als die Forderung der Frauen nach einem Individualrecht. Ein klassisches liberales Anliegen wurde nun, da die Frauen individualistische Rechte beanspruchten, als überzogenes, egoistisches Begehren empfunden. Dabei erleichterten es die parlamentarischen und die parteiinternen Mechanismen der Mehrheitsfindung den Liberalen, das bei den meisten im Grunde unerwünschte Frauenwahlrecht regelmäßig zu verhindern und dabei gleichzeitig den Anschein aufrechtzuerhalten, das Frauenwahlrecht würde in diesen Kreisen ernsthaft erwogen.⁷⁶)

Doch "die Sache der Frauen" wurde zugleich auf der anderen Seite durch die Uneinigkeit in den eigenen Reihen geschwächt. Maria Lischnewska hatte schon vor 1908 die "Liberale Frauenpartei" gegründet und wollte damit einen Sammelpunkt aller liberal denkenden Frauen schaffen.⁷⁷) Das nationalistische Programm der Partei hat starke Ähn-

schlag wurde von der Redaktion der Zeitschrift "Die Frau" in einem kommentierenden Zusatz abgelehnt; *Adelheid Steinmann*, Frauenbewegung und Parteipolitik, in: Die Frau 19, 1911/12, 481–486. Die "Anmerkung der Redaktion" dazu 486 ff. ⁷⁶) *Hause/Kenney*, Women's Suffrage (wie Anm. 15), 277 f. u. 281; *Klejman/Rochefort*, L'égalité en marche (wie Anm. 15), 120 ff.; *Rover*, Women's Suffrage (wie Anm. 15), bes. 117 f. u. 136 f.; *Anne-Marie Sohn*, Zwischen den beiden Weltkriegen. Weibliche Rollen in Frankreich und England, in: Georges Duby/Michelle Perrot (Hrsg.), Geschichte der Frauen. Bd. 5: 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Françoise Thébaud. Frankfurt am Main/New York/Paris 1995, 111–139, hier 137.

⁷⁷) Es kursieren zwei Gründungsdaten. Als Gründungsdatum der "Liberalen Frauenpartei. Verein der liberalen Frauen von Groß-Berlin" wird von Maria Lischnewska selbst in einem Bericht aus dem Jahre 1913 der Dezember 1906 genannt; BA Potsdam, 60 Vo 3, Nr. 54, 16. In der zeitgenössischen Publizistik wird – von Lischnewska damals unwidersprochen – der 31. Januar 1907 als Gründungsdatum

lichkeiten mit den Zielsetzungen des Flottenvereins und liest sich wie ein Sammelsurium sozial- und bildungspolitischer Forderungen der linksliberalen Parteien und des radikaleren Flügels der Frauenbewegung.⁷⁸) Die Partei manövrierte sich wohl nicht zuletzt wegen persönlicher Animositäten in das politische Abseits und wurde bald sowohl von dem "Deutschen Verband für Frauenstimmrecht" als auch von dem Vorstand des BDF bekämpft.⁷⁹) Lischnewska selbst trat der Freisinnigen Volkspartei bei und plädierte 1910 in der Diskussion um die Organisation der Frauen dafür, einen "Bund liberaler Frauen ... mit selbständiger Beitragsleistung und lokaler Organisation" zu schaffen, den sie in der von ihr geführten "Liberalen Frauenpartei" vorbereitet sah. 80) Wenn Maria Lischnewska auch noch 1913 vom Geschäftsführenden Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei zusammen mit Helene Lange als "Vertreterin der Frauenorganisation" eingeladen wurde⁸¹), bekam sie doch deutlich zu spüren, daß gerade Gertrud Bäumer und Helene Lange eine separate liberale Frauenpartei immer weniger als förderlich erachteten. In scharfer Form trat der Ausschuß der Frauen der Fortschrittlichen Volkspartei mit Anträgen für den Eisenacher Parteitag 1914 dafür ein, daß keine besonderen Frauenvereine geschaffen, sondern die Frauen den Parteivereinen zugeführt werden sollten. "Wir haben diese Form der politischen Organisation gewählt, weil wir in gesonderten Frauenvereinen die Gefahr einer Zersplitterung der Partei sahen."82)

Der Weltkrieg, vom BDF als Bewährungsprobe für die Frauen verstanden, verschärfte die Ausgrenzungstendenzen innerhalb der Partei. Der nationale Frauendienst, schon vor Ausbruch des Krieges vom BDF konzipiert, schien den meisten Männern nur zu bestätigen, daß Frauen

genannt; so im Centralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine 9, 1907/08, 3, und in: Neue Bahnen 42, 1907, 68.

⁷⁸⁾ Centralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine 8, 1906/07, 194.

⁷⁹) Vgl. die Angriffe Lida Gustava Heymanns und Marie Wegners im Centralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine 9, 1907/08, 3 f. u. 20 f. sowie die Kritik Gertrud Bäumers in: Neue Bahnen 42, 1907, 68 f. In "Die Frau" wurde die Liberale Frauenpartei totgeschwiegen.

⁸⁰⁾ Martha Voß-Zietz in ihrem Bericht über die liberale Frauenkonferenz am 4./ 5. Oktober 1910, in: Die Hilfe 16, 1910, 651.

⁸¹) Protokoll der Sitzung des GA vom 16. Januar 1913; BA Potsdam, 90 Na 3, Nr. 59, 117.

⁸²⁾ Antrag des Arbeitsausschusses der Frauen an den GA vom 26. Juli 1914; BA Potsdam, 60 Vo 3, Nr. 21, 69r.

mit der Nische der karitativen Sozial- und Kommunalpolitik, deren ehrenamtliche Ausführung besonders gern gerühmt wurde, genügend Gleichberechtigung eingeräumt worden sei. Die liberalen Reichstagsabgeordneten informierten die weiblichen Parteimitglieder über ihre Tätigkeit in der Regel im nachhinein und dann auch nur über das, was in ihren Augen frauenspezifischen Charakter hatte. Die Frauen hatten ein erhebliches Informationsdefizit gerade gegenüber den Vorgängen im Reichstag und konnten so auf Gesetzesvorlagen in der Regel nur reagieren, nicht aber ihre Vorschläge im Vorfeld der Debatten einbringen. Selbst die Tagesordnung des Reichstages war dem Arbeitsausschuß der Frauen der Fortschrittlichen Volkspartei unbekannt. Im Juli 1914 beantragten die Frauen deshalb, "daß die Reichstagsfraktion sich mit den Frauen der Partei bei gegebenen Gelegenheiten in Verbindung" setzen möge, nicht ohne gleichzeitig anzubieten: "Die Frauenorganisation könnte häufig durch Materialbeschaffung in Frauenfragen etc. den Herren Abgeordneten ihre Arbeit erleichtern."83) Der Ausbruch des Krieges ließ in den Augen eben dieser Abgeordneten die Frauenfrage und somit auch die weiblichen Angehörigen der Partei hinter den scheinbar geschlechtsneutralen nationalen Fragen völlig zurücktreten.

Die am 10. Juni 1917 ins Leben gerufene Frauenrechtskommission, bestehend aus fünf Männern und zwei Frauen (Margarete Bernhard und Marianne Lewin-Träger), verdeutlicht das besonders kraß. Die Tätigkeit der Kommission war eine einzige Farce. Erst lehnten die vorgeschlagenen männlichen Mitglieder einer nach dem anderen die Mitarbeit ab, so daß am 9. August 1917 vom Geschäftsführenden Ausschuß eine neue Kommission zusammengesetzt werden mußte. Im Schreiben an das neu zu gewinnende Kommissionsmitglied Crüger kann man dort lesen: "Wann die Kommission der Frauenkommission erstmals tagte, läßt sich jetzt noch nicht übersehen. Doch läßt sich nach Lage der Dinge ohne weiteres sagen, daß für Sie persönliche Belästigungen dabei und Störungen ihrer Dispositionen für Urlaub u.s.w. nicht stattfinden werden. "84) Als die Kommission schließlich am 6. Dezember 1917 erstmals tagte, beschloß man, "den zukünftigen Besprechungen kurze Referate voranzustellen, die von den weiblichen Mitgliedern der Kommission zu halten sind". Die nächsten Termine wurden mehrmals ver-

⁸³⁾ Ebd. 69.

⁸⁴⁾ Undatiertes Schreiben [Sommer 1917] Marianne Lewin-Trägers; BA Potsdam, 60 Vo 3, Nr. 49, 77.

schoben, u.a. mit der Begründung, man habe geglaubt, erst die Mitteilung der Referentin über die Fertigstellung des angebotenen Vortrags abwarten zu müssen. Der Ausschuß konnte dann am 8. Mai 1918 keinen Beschluß fassen, da die Sitzung zu schlecht besucht war. Nachdem schließlich die Referentin, Dr. Behrend, auf der Sitzung am 11. Juni 1918 die wesentlichsten Punkte ihres Referates "mit Rücksicht auf die Herren, die der vorigen Sitzung nicht beigewohnt" hatten, nochmals zusammenfaßte, fand endlich eine Generaldebatte statt. Für den Tenor dieser Diskussion mögen hier die einleitenden Worte des Ausschußvorsitzenden stehen: "Herr Oeser macht darauf aufmerksam, daß ein nicht unbeachtlicher Teil der Partei dem Frauenstimmrecht abgeneigt gegenüberstehe und daß diese Opposition in der Kommission nicht zu Wort komme. Er bekennt sich selber als einen Anhänger der Frauenstimmrechtsbewegung. Für die Praxis würde es sich aber darum handeln, in welchem Umfange und sodann in welcher Art das Stimmrecht der Frauen eingeführt werden soll. Er regt die Frage an, ob es sich nicht empfehlen würde, ein besonderes Frauenparlament für bestimmte Fragen zu bilden." Am Ende stand der Beschluß, daß die Partei das Frauenstimmrecht bei der bevorstehenden Reform des Gemeindewahlrechtes vertreten sollte. Wen mag es da noch wundern, daß Herr Issberner, der dem Geschäftsführenden Ausschuß einen Bericht über die gesamten Verhandlungen erstellen sollte, nicht sonderlich schnell arbeitete. Er forderte von den Referentinnen noch Auszüge aus ihren Vorträgen an, verlegte den von Dr. Behrend zugesandten Beitrag erst einmal, um schließlich am 18. Oktober 1918 Herrn Oeser, der das Protokoll der letzten Sitzung anfertigen sollte, mitzuteilen: "Wenn ich Sie wegen des Protokolls der Frauenrechtskommission nicht gemahnt habe, so geschah dies nicht etwa, weil mir die Sache in Vergessenheit geraten war, sondern weil ich annehme, daß Sie mit Rücksicht auf die innenpolitische Umwälzung, die wir gerade jetzt durchlebt haben, es nicht für angebracht hielten, die Zahl der politischen Fragen noch um eine weitere zu vermehren." Erst am 28. Oktober wurde das Papier den Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses "vertraulich" zugesandt.

Der Behandlung der Frauenfrage stand der Umgang mit den Frauen der Partei also in keiner Weise nach. Nur die Zurückhaltung und die Unterordnung ihrer eigenen Interessen zugunsten der Partei erklärt wohl, daß sich der Unmut der Frauen nicht deutlicher artikulierte. Die alltägliche Situation der weiblichen Parteimitglieder wurde nicht zuletzt an der Raumfrage deutlich. Die Frauen des Arbeitsausschusses

hatten die Überweisung ihrer Beiträge an die Parteivereine an die Bedingung geknüpft, ein Zimmer im Zentralbüro sowie für einige Stunden in der Woche eine Schreibkraft gestellt zu bekommen. In einem undatierten Schreiben erinnerte Marianne Lewin-Träger Herrn Kopsch nun an ein Gespräch, das sie zusammen mit Margarete Bernhard und ihm "vor einigen Monaten ... geführt hat und in dem es um die unzumutbaren Arbeitsbedingungen für den Arbeitsausschuß der Frauen der Fortschrittlichen Volkspartei Berlin ging".85) Das Zimmer sei zwar einige Jahre gewährt worden, die Schreibkraft jedoch nie. Und nun würde auch das Arbeitszimmer seit einiger Zeit nicht mehr zur Verfügung gestellt. Marianne Lewin-Träger bat den Geschäftsführenden Ausschuß um die Wiederbereitstellung eines Zimmers, "andernfalls müßten ... die organisierten Frauen ihren Beitrag nicht an die Parteivereine, sondern an die Frauenorganisation abzuführen haben".86) Diese Drohung veranlaßte die Parteispitze am 28. Juni 1917 immerhin, trotz Raumnot den Frauen ein "kleines Stübchen" anzubieten, nicht ohne zu betonen: "Der Wunsch, den fortschrittlichen Frauen auch hierin nach Möglichkeit entgegen zu kommen, war allgemein, nur stehen große Schwierigkeiten praktischer Natur ... entgegen."87

Kurz bevor in Deutschland vom Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 das gleiche, geheime, direkte und allgemeine Wahlrecht für alle männlichen und weiblichen Personen über zwanzig Jahren eingeführt wurde, sollte die Partei dazu bewegt werden, das Gemeindewahlrecht für Frauen zu fordern. Erst unter dem Druck der Ereignisse erklärte sich am 16. November 1918 der Geschäftsführende Ausschuß auf Forderung der Frauen bereit, drei Frauen hinzuzuziehen, nachdem der Arbeitsausschuß der Frauen noch einmal dringend davor gewarnt hatte, daß die Frauen angesichts der frustrierenden Situation innerhalb der Partei zur Sozialdemokratie abwandern könnten. Aus dem Schreiben, das Margarete Bernhard als Vorsitzende des Ausschusses verfaßte, klang noch einmal die Resignation nach zehnjähriger Mit-

⁸⁵⁾ Ebd. 4ff.

⁸⁶⁾ Ebd. Mit der "Frauenorganisation" war der "Arbeitsausschuß der Frauen der Fortschrittlichen Volkspartei" gemeint. Ein Wahrmachen der Drohung hätte zu einem Modell der eigenständigen "Liberalen Frauenpartei" Maria Lischnewskas geführt, das 1910 von der Mehrheit der weiblichen Parteimitglieder abgelehnt worden war.

⁸⁷⁾ Antwort des GA vom 28. Juni 1917 auf das Schreiben Marianne Lewin-Trägers; ebd. 3.

arbeit in der Partei: "Es hat uns mit tiefstem Bedauern erfüllt, daß bei den umwälzenden Geschehnissen der letzten Tage unsere männlichen Parteigenossen keinerlei Fühlung mit uns gesucht haben."88

III. Frauen in der DDP – von der Gründung der Partei 1918 bis zu ihrer Auflösung 1930

Die zehnjährige offizielle Arbeit in der Partei hatte bei vielen Frauen gegen Ende des Krieges eine hinreichende Desillusionierung bewirkt. Auch exponierte Frauen verlagerten den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit wieder auf exklusive Frauenkreise. Nach so langer Zeit konnte man sich ein Urteil über die Arbeit in den Parteien machen, und es fiel vernichtend aus. "Ich vermißte den selbstlosen Einsatz, wie ich ihn aus den Frauenvereinen kannte, das rein sachliche Interesse, den Schwung und die Hingabe. Es wurde sehr viel geredet. Verderblich war die Gepflogenheit der sonntäglichen Sitzungen"89), begründete Dorothee von Velsen ihre Entscheidung, sich nicht weiter in der DDP zu engagieren, obwohl sie sich noch aktiv an den Wahlvorbereitungen für die Nationalversammlung beteiligt hatte. Selbst der BDF kam zu dem Schluß, daß die Basis für die politische Mitarbeit von Frauen im Staat verändert werden mußte. In seiner im November 1917 versandten Schrift "Die Stellung der Frau in der politisch-sozialen Neugestaltung Deutschlands" verlangte der Bund unmißverständlich das aktive und das passive Wahlrecht für Frauen. 90) Die überraschende Verleihung des Wahlrechtes und die Euphorie liberaler Kreise riß auch viele eher skeptische Frauen mit, die nun glaubten, mit dem Erhalt des Wahlrechtes völlig veränderte politische Einflußmöglichkeiten gewonnen zu haben. Die bürgerliche Frauenbewegung rief ihre Anhängerinnen zum politischen Engagement auf. Unter dem Vorsitz Alice Salomons wurde zur Vorbereitung auf die Nationalversammlung ein "Ausschuß der Frauenverbände Deutschland" gegründet, der "keine parteipolitischen Ziele verfolgte". Elly Heuss-Knapp, die Vorsitzende der Werbegruppe dieses Ausschusses, schrieb Politiker aller Parteien an und bat um "kurze

⁸⁸⁾ Schreiben Margarete Bernhards, der Vorsitzenden des Arbeitsausschusses der Frauen der Fortschrittlichen Volkspartei, vom 10. November 1918 an den GA; ebd.
89) Dorothee von Velsen, Im Alter die Fülle. Erinnerungen. Tübingen 1956, 237 f.
90) Der BDF überreichte zusammen mit den jeweiligen Frauenvereinen der einzelnen Länder diese Schrift den Regierungen; z. B. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (= BayHStA), MInn 73626.

Sprüche", mit denen "in Frauenkreisen das Bewußtsein geweckt werden [sollte], daß sämtliche Frauen die Verpflichtung zur Wahl für die Nationalversammlung haben".⁹¹) In den "10 Geboten zum Frauenwahlrecht" wurde zum Verhältnis Frauen – Parteien festgelegt: "Du sollst dich für eine Partei entscheiden und sie nicht ohne Not verlassen; über ihre Schwächen sollst du hinwegsehen, wenn du mit ihrer Grundrichtung übereinstimmst."⁹²)

Neben diesem überparteilichen Engagement griffen die Frauen auch aktiv in den Umstrukturierungsprozeß der liberalen Partei mit ein. Die DDP sollte einen echten Neubeginn markieren, sie wurde als ein "Kind der Revolution" bezeichnet⁹³), und an diese Neugründung knüpften sich nicht nur bei den Frauen weitreichende Hoffnungen. Marie Baum, Gertrud Bäumer, Emmy Beckmann, Martha Dönhoff, Elly Heuss-Knapp, Helene Lange, Marie-Elisabeth Lüders, Dora Rade, Marie Stritt, Marianne Weber u.a. trugen ihren Teil zum anfänglichen Erfolg der DDP bei. Selbst eine eher als Gesellschaftsdame bekannte Marie von Bunsen stellte sich als Rednerin für die DDP zur Verfügung. Nach dem Ende des Krieges, nach der Niederlage, die den männlichen Politikern angelastet wurde, konnten Frauen unbeschwerter Propaganda für Parteien machen. "Bei den ... politischen Veranstaltungen, obwohl zum allergrößten Teil von Männern besucht, wurden von nun an Rednerinnen gewünscht. Die "großen Kanonen", wie Gertrud Bäumer, Marie Elisabeth Lüders, waren überaus begehrt und wurden inständig in der Provinz erbeten."94) Die Politik sollte durch den Einsatz von Frauen ihr negatives Image verlieren. "Innere Wahrhaftigkeit [ist] eine erste Anforderung an jede demokratische Politik ... Hier sehe ich das wichtigste Gebiet der politischen Sonderarbeit unserer Frauen", ließ der Leiter der DDP-Reichsgeschäftsstelle den "Demokratischen Frauentag" 1919 wissen. 95) Die Frauen selbst nahmen die von der Partei an sie her-

⁹¹) Ein Exemplar dieses Werbebriefes findet sich im Nachlaß Naumann; BA Potsdam, 90 Na 3, Nr. 11, 8. S. auch *Elly Heuss-Knapp*, Bürgerin zweier Welten. Ein Leben in Briefen und Aufzeichnungen. Tübingen 1961, 168 f.

⁹²) Zahn-Harnack, Frauenbewegung (wie Anm. 8), 317.

⁹³) Vgl. dazu *Albertin*, Liberalismus und Demokratie (wie Anm. 20), 76. Das Schlagwort von der DDP als "Kind der Revolution" wurde später von ihren politischen Gegner(inne)n immer wieder gerne zitiert; s. unten S. 673 f.

⁹⁴⁾ Marie von Bunsen, Zeitgenossen, die ich erlebte. 1900–1930. Leipzig 1932, 169.

⁹⁵⁾ Deutsche Demokratische Partei. Bericht über die Verhandlungen des 1. ordentlichen Parteitages der DDP. Berlin 1919, 294.

angetragenen Forderungen an: "Was wir leisten wollen, ist: das Gewissen der Partei zu sein", stellte Elly Heuss-Knapp klar.⁹⁶) Das Propagandamaterial der DDP zur Wahl der Nationalversammlung symbolisierte nicht zufällig auf einem Flugblatt die deutschen Parteien mit Ausnahme der eigenen als martialische, brutale und/oder feiste Männer, während die DDP durch eine Frauenfigur dargestellt wird, die als Führerin ihre schützenden Hände über das Volk hebt.⁹⁷)

Der Frauenausschuß der DDP warb auf vielen Flugblättern und in unzähligen Veranstaltungen für die Partei. "Wählt und werbt für die Deutsche demokratische Partei, die Partei der Frauen!"98) lautete ein Slogan. Die Wähler und Wählerinnen allgemein wurden genauso angesprochen wie die Hausfrauen, die Lehrerinnen, die deutschen Frauen und Mädchen, aber auch der deutsche Familienvater, der Frau und Töchter an die Politik heranführen sollte.

Der Wahlsieg der DDP war beeindruckend: Mit 75 Mandaten zog sie als drittstärkste Partei in die Nationalversammlung ein, darunter fünf Frauen (Marie Baum, Gertrud Bäumer, Elisabeth Brönner-Höpfer, Elise Ekke, Katharina Kloß). Der Versuch, mit dem rückhaltlosen Bekenntnis zur Republik Nationalliberale und Mitglieder der Fortschrittspartei zu vereinen, schien geglückt. Die Frauen waren in hohem Maße politisiert worden: Über 90% der wahlberechtigten Frauen hatten sich an der Wahl zur Nationalversammlung beteiligt. Die Auswertung der nach Geschlecht differenzierten Wahlergebnisse deutete den Trend an, der sich bis zum Ende der Weimarer Republik fortsetzen sollte: "Wählerinnen [bevorzugten] das Zentrum sowie die konservativ eingestellten Rechtsparteien …, [übten] nach links in zunehmendem Masse Zurückhaltung … und [lehnten] die radikalen Parteien entschieden ab."100) Sehr schnell wurde von den Parteien erkannt, daß die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau ebensowenig wie eine relativ

⁹⁶⁾ Ebd. 304.

⁹⁷⁾ BayHStA, Flugblattsammlung 62/1919.

⁹⁸⁾ Ebd.

⁹⁹) Nach dem Tod Naumanns (24. August 1919) rückte Marie-Elisabeth Lüders als sechste Frau nach.

¹⁰⁰⁾ Gabriele Bremme, Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament. Göttingen 1956, 68. Nach Geschlechtern getrennte Wahlergebnisse liegen nicht für alle Wahlen vor. Vgl. dazu den informativen Überblick bei *Ute Frevert*, Frauen-Geschichte zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit. Frankfurt am Main 1986, 165–171.

große Anzahl von Frauen auf sicheren Listenplätzen entscheidend dazu beitrug, die Stimmen von Frauen zu gewinnen. Das reine Listen- und Verhältniswahlrecht, das die Frauen zunächst begünstigt hatte, machte sie aber in hohem Maße vom Wohlwollen der Parteien abhängig. Deren Entgegenkommen verringerte sich nun von Wahl zu Wahl, besonders in den Parteien, die Stimmen verloren. So sank der Frauenanteil im Reichstag von der Nationalversammlung bis 1930 von 9,6% auf 7%. Die DDP war von diesem Trend besonders stark betroffen: Saßen in der Nationalversammlung noch sechs DDP-Frauen, so zählte die Reichstagsfraktion der DDP 1930 nur noch eine Abgeordnete in ihren Reihen.¹⁰¹)

Die schwierige Arbeit, die Republik zu gestalten, begann. Die Frauen hatten von Anfang an das Problem, "auf die Realität einer politisch parlamentarischen Ordnung [zu stoßen], deren organisatorische Form sich entwickelt und verfestigt hatte, noch ehe die Frauen in das politische Leben getreten waren". 102) Um nun als ein "dem Manne gleiches und von ihm verschiedenes Wesen"103) Zugang zur parlamentarischen Arbeit zu finden, schien es in der DDP – wie auch in den anderen Parteien – nicht geraten, auf eine parteiinterne, separate Frauenorganisation zu verzichten. Der Arbeitsausschuß der Frauen wurde als "Frauenarbeitsausschuß deutsch-demokratischer Frauen" wiederbegründet. Erklärtes Ziel dieses Ausschusses war es, "sich selbst entbehrlich zu machen". ¹⁰⁴) Dies geschah dann allerdings auf anderen Wegen, als man vorausgesehen hatte. Mit dem politischen Alltag nahm nicht nur der "einzigartige Niedergang"105) der DDP ihren Anfang, sondern es begann auch die Zurückdrängung der Frauen. Die Gründe für das Scheitern der DDP sind vielschichtig. Die fehlgeschlagene Einigung der Liberalen, die wenig erfolgreichen Versuche, einen alternativen "demokratischen Nationalismus" als integrativen Faktor des Liberalismus zu etablieren, die allgemeine politische und wirtschaftliche Ent-

¹⁰¹) Vgl. die Tabelle "Gesamtübersicht über die Frauen in den Fraktionen der deutschen Reichstage" bei *Bremme*, Politische Rolle (wie Anm. 100), 124.
¹⁰²) Ebd. 123.

¹⁰³) Marianne Weber, Frauenfragen und Frauengedanken. Gesammelte Aufsätze. Tübingen 1919, 239.

¹⁰⁴⁾ S. dazu den Geschäftsbericht des Frauenarbeitsausschusses der Reichsgeschäftsstelle, in: Bericht über die Verhandlungen des 1. ordentlichen Parteitages der DDP (wie Anm. 95), 314–319.

¹⁰⁵⁾ Sigmund Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik. 5. Aufl. Stuttgart/ Berlin/Köln/Mainz 1965, 49.

wicklung in der Weimarer Republik sowie die zunehmende interessenpolitische Differenzierung innerhalb des liberalen Lagers trugen maßgeblich zum Niedergang der DDP bei. ¹⁰⁶) Die Kämpfe um die schwindende Zahl von Mandaten wurden härter. "Von dem zähen Kampf, der hier vor jeder Wahl innerhalb der Parteien ausgefochten wird, und der wohl fast immer mit einer mehr oder weniger ehrenvollen Niederlage der Frauen endet, spricht man loyaler Weise wenig. "¹⁰⁷)

Der Vorrang "des Parteieninteresses" vor "frauenspezifischen Belangen" und die von den Frauen a priori akzeptierte Parteidisziplin verhinderten auch eine nennenswerte interfraktionelle Zusammenarbeit. Das Verbindende des weiblichen Geschlechts, dessen Vertreterinnen als Neulinge in den Parlamenten etwas gemein hatten, trug nicht weit. Von den Frauen wurde zwar immer wieder eine Zusammenarbeit angestrebt, die auch zu einzelnen Erfolgen führte, z.B. in der Frage des Betriebsrätegesetzes und bei der Mutterschutzgesetzgebung. 108) Doch dieses Zusammengehen blieb angesichts einer immer weiter um sich greifenden Radikalisierung punktuell. 109) Die ideologischen Unterschiede zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Frauen auf der einen Seite und den liberalen und konservativen Frauen auf der anderen Seite waren einfach zu groß, um über Detailfragen hinaus zu Gemeinsamkeiten zu gelangen. Selbst die weiblichen Mitglieder der Deutschen Volkspartei (DVP) und der DDP standen sich nun im Reichstag oft unversöhnlich gegenüber. Wie tief der Graben zwischen den Frauen dieser beiden Parteien schon bald war, zeigt ein Leserbrief Marie Bernays (DVP) vom Juli 1921, in dem sie Bäumer vorwarf, ein "führendes Mitglied einer Partei [zu] sein, die sich stolz die Tochter der

¹⁰⁶⁾ Diese Aspekte werden von Larry Eugene Jones in den Vordergrund gerückt; Jones, German Liberalism and the Dissolution (wie Anm. 20). In den älteren Arbeiten wird daneben auch immer wieder auf das Fehlen bzw. den übermäßigen Verschleiß von Führerpersönlichkeiten hingewiesen.

¹⁰⁷) Zahn-Harnack, Frauenbewegung (wie Anm. 8), 322.

 ¹⁰⁸⁾ S. dazu Maria (sic!) Elisabeth Lüders, Interfraktionelle Frauenarbeit, in: Die Frau 27, 1919/20, 154–156; Irene Stoehr, Housework and Motherhood: Debates and Policies in the Women's Movement in Imperial Germany and the Weimar Republic, in: Gisela Bock/Pat Thane (Eds.), Maternity and Visions of Gender: Women and the Rise of the European Welfare States. London 1991, 213–232, hier 226–229.
 109) Interfraktionelle Zusammenarbeit zwischen Frauen funktionierte im allgemeinen nur dann, wenn die Parteien insgesamt zu Kompromissen fanden. Vgl. Claudia Koonz, Conflicting Allegiances: Political Ideology and Women Legislators in Weimar Germany, in: Signs 1, 1975, 663–683.

Revolution nannte", und in dem sie die Leitung des BDF mahnte, volle politische Neutralität zu bewahren und allen Internationalismus von sich zu weisen. 110) Als Agnes von Zahn-Harnack 1928 über die Stärkung des Fraueneinflusses in der Politik nachdachte, wie man "eine wirklich große Anzahl von Frauen in konkreten Fragen zu einem einheitlichen Willen bringen" könnte, fiel ihr nur ein wegweisendes Beispiel aus der Reichspolitik dazu ein: die angeblich nahezu einstimmige Ablehnung des Versailler Friedens durch die weiblichen Abgeordneten. 111) An dieser Episode wird jedoch auch deutlich, wie Agnes von Zahn-Harnack einräumen mußte, daß selbst weitgehende Einigkeit unter den Frauen im Parlament noch keinen entscheidenden Einfluß sicherte, da die Frauen aufgrund ihrer Unterrepräsentanz überstimmt werden konnten.

Nicht nur die interfraktionelle Arbeit erwies sich als kaum praktikabel, auch die Vereinbarkeit der Tätigkeit in den Frauenvereinen und in der Parteienpolitik erwies sich für die DDP-Frauen als immer schwieriger. Bei der 1894 gegründeten Dachorganisation der bürgerlichen Frauenvereine hatte sich ja bekanntlich die Schwierigkeit, sehr unterschiedliche Interessengruppen zu repräsentieren, ähnlich wie bei den liberalen Parteien, in einer gewissen Programmlosigkeit geäußert. Beim BDF galt der Grundsatz, nur Forderungen zu vertreten, die von allen Mitgliedern getragen werden konnten. Diesem grenzenlosen Integrations- und Harmonisierungsbedürfnis entsprach der Trend, frauenpolitische Zielsetzungen gleichsam neben der "großen Politik", die von Männern gemacht wurde, als apolitisch einzuführen, um sie innerhalb des BDF konsensfähig zu machen. Das konnte jedoch nicht verhindern, daß der BDF schon bald Erosionserscheinungen entlang der politischen Rich-

¹¹⁰) *Maria Bernays*, Parteipolitik und Frauenbewegung. Eine Erwiderung an Dr. Gertrud Bäumer, in: Die Frau 28, 1920/21, 312 ff., hier 313 f.

¹¹¹⁾ Zahn-Harnack, Frauenbewegung (wie Anm. 8), 325. Die Erinnerung an die nahezu einhellige Ablehnung des Versailler Vertrages durch die weiblichen Abgeordneten der Nationalversammlung über alle Parteigrenzen hinweg findet sich als Stereotyp in vielen Memoiren liberaler Politikerinnen. Das Abstimmungsergebnis vom 22. Juni 1919 zeigt jedoch ein anderes Bild: Auch wenn alle fünf weiblichen DDP-Abgeordneten gegen die Annahme stimmten, votierten von den insgesamt 38 Frauen in der Nationalversammlung 27 dafür; Heide-Marie Lauterer, Ein "ruhiges Nationalbewußtsein"? Vorstellungungen von der Nation und Elemente eines demokratischen Nationalbewußtseins bei Parlamentarierinnen der Weimarer Republik (erscheint in der Reihe "Frauenstudien Baden-Württemberg", Tübingen/Stuttgart 1996).

tungen zeigte. ¹¹²) Mit dem Auseinanderfallen der bürgerlichen Frauenbewegung brach aber eines der beiden Standbeine weg, die für die Frauenrechtlerinnen der ersten und zweiten Generation als zwingend notwendig für die Frauenemanzipation erachtet wurden: Die separaten Frauenorganisationen sollten als "allgemeine", Berufs-, Bildungs- oder wohlfahrtsorientierte Vereine parallel zu der Arbeit der Frauen in den Parteien den gesellschaftlichen Einfluß von Frauen stärken.

DDP-Politikerinnen wurden für diesen Verfallsprozeß der Frauenverbände nun zunehmend verantwortlich gemacht. Nichtliberale Frauenvereine warfen der BDF-Spitze, die mehrheitlich der DDP anhing, satzungswidrige parteipolitische Gebundenheit vor. Die vom BDF-Vorstand für sich beanspruchte politische Neutralität brachte wiederum nicht selten männliche Parteimitglieder gegen "DDP-feindliche" Veröffentlichungen des Bundes auf den Plan. 113) Diese Auseinandersetzungen verstellten allerdings die Sicht auf ein viel weitreichenderes Problem: Politikerinnen, deren persönlicher Werdegang eng mit einer frauenorganisatorischen Tätigkeit verknüpft war, wurden rar. Schon 1912 hatte Adelheid Steinmann darauf hingewiesen, daß die Zahl der Frauen, die in die Politik gingen und keine Erfahrung in den Organisationen der Frauenbewegung gesammelt hatten, immer größer wurde. 114) Die Frauenvereine klagten zunehmend, wie später auch die DDP, über das Fernbleiben der Jugend. Kaum zur "großen Politik" zugelassen, mußten die führenden Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung feststellen, daß die Frauenvereine immer weniger Anziehungskraft auf die jüngere Generation ausübten und die wenigen in der Politik Vertretenen nicht automatisch feministische Positionen vertraten.

Angesichts der geringen Einflußmöglichkeiten von Frauen in den Parteien tauchte bald wieder die Frage nach alternativen Formen der politischen Beteiligung auf. Im Vorfeld der Reichstagswahlen des Jahres 1924 wurde der Ruf nach einer nicht näher umrissenen Frauenpartei

¹¹²) Ein informativer Überblick über die Entwicklung des BDF findet sich bei *Greven-Aschoff.* Bürgerliche Frauenbewegung (wie Anm. 48), 70–124 u. 180–189.

¹¹³⁾ S. z. B. die 1922 erfolgte Auseinandersetzung zwischen Dorothee von Velsen, in ihrer Eigenschaft als Schriftführerin des Nachrichtenblattes des BDF, und Pius Dirr wegen einer Veröffentlichung über die Verhandlungen im Bayerischen Landtag zum Thema "Zulassung der Frauen zum Geschworenenamt und zum Schöffengericht". In diesem Schlagabtausch bekam die bayerische DDP-Abgeordnete Rosa Kempf eine wenig beneidenswerte Rolle zugewiesen; StadtA München, Nachlaß Dirr, Nr. 318.

¹¹⁴⁾ Steinmann, Frauenbewegung und Parteipolitik (wie Anm. 75), 481.

immer lauter. Die BDF-Spitze stand aufgrund der praktischen Erfahrungen von Frauen in den Parlamenten der Realisierung eines solchen Konzeptes skeptisch bis ablehnend gegenüber, konnte aber nicht verhindern, daß auf den Generalversammlungen und in den Publikationsorganen der Frauenbewegung die Frage immer wieder aufgeworfen wurde. So glaubte Eva Dechow noch im April 1924 an die Möglichkeit einer politischen Gemeinschaft von Frauen, "die keine Interessen verfolgt und keine Rechte aus selbstischen Gründen verteidigt; die das Ziel für sich und das ganze Volk so hoch steckt wie möglich". 115) Auftrieb bekamen die Befürworterinnen einer Frauenpartei durch Berichte über erste erfolgreiche Frauenlisten bei Kommunalwahlen. Nach der verheerenden Niederlage der DDP in der zweiten Reichstagswahl im Mai 1924, in der die Zahl der weiblichen Abgeordneten insgesamt auf 5,7% zurückging, hielt Helene Lange in einer Analyse fest, daß Kandidatinnen aller Parteien nicht "aus grundsätzlicher Ablehnung des Frauenstimmrechts, sondern aus persönlichen Rücksichten auf Männer, die sich besser zur Geltung zu bringen vermochten, ... vielfach zurückgedrängt worden" seien und daß der DDP besonders der Umstand zu schaffen mache, "daß Parteien, die stark von Gefühlsmotiven und Weltanschauungsmotiven bestimmt sind, wenn sie nicht extreme Revolutionäre sind, die Frauen stärker anziehen als solche, die von vornherein eine mehr nüchterne Politik vertreten". 116) Dieses niederschmetternde Ergebnis veranlaßte Helene Lange zu dem Geständnis, daß sie angesichts dieser Lage persönlich die "Frauenlisten ... insbesondere für Gemeinderatswahlen" nicht ablehnen würde. Dies führte dazu, daß die vornehmlich von Gertrud Bäumer mühsam unterdrückte Diskussion um eine Frauenpartei und die Frauenlisten wieder aufflammte. Das Februarheft der "Frau" aus dem Jahr 1925 wurde schließlich dem Thema "Frauenpartei" gewidmet. Argumente für und wider eine Frauenpartei und Frauenlisten wurden ausgetauscht. Die Gründung einer Frauenpartei wurde im resümierenden Artikel Bäumers verworfen, Frauenlisten innerhalb einer Partei oder innerhalb von Parteiengruppen, für die Frances Magnus- von Hausen plädierte, für sinnvoll erachtet. Bäumer beschloß ihren Text mit der Mahnung: "Tun wir zunächst alles, um unsere Sache als Bewegung ... stark zu machen. ... Ob sich daraus ...

¹¹⁵) Eva Dechow, Die Frauenpartei. Ein Brief an Gertrud Bäumer, in: Die Frau 31, 1923/24, 195 ff., hier 195.

¹¹⁶) Helene Lange, Die Frauen und die Reichstagswahlen, in: Die Frau 31, 1923/24, 259–262, hier 260 f.

eine unmittelbar politisch eingreifende Organisation entwickeln kann, wird die Zukunft lehren."¹¹⁷ "Der Bund [Deutscher Frauenvereine] *und* die Parteien", das war die Parole, die für die kommenden Jahre ausgegeben wurde. Die "politische Machtbildung der Frauen" hatte nach einem enthusiastischen Aufbruch deutliche Grenzen erfahren.

Im Vorfeld der Reichstagswahlen und der preußischen Landtagswahlen des Jahres 1928 startete der BDF noch einmal eine groß angelegte, "überparteiliche" Offensive. Mittels einer Fragebogenaktion wurde in den angeschlossenen Verbänden nach geeigneten Kandidatinnen "aus allen Kreisen und Parteien" für die Wahlen gesucht. 118) Auf diese Weise kamen 82 Namen zusammen. Daraufhin wurde mit der Bitte um Berücksichtigung der DDP eine Liste mit 29 Namen, der DVP eine Liste mit 32 und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) eine Liste mit 21 Namen von Frauen zugestellt, "die über Erfahrungen auf Gebieten des öffentlichen Lebens verfügen" – letztlich waren also nur Frauen vorgeschlagen worden, die diesen drei Parteien angehörten bzw. nahestanden. 119)

Nicht nur die überparteiliche Arbeit erwies sich als nahezu unmöglich. Auch innerhalb der Parteien bildeten die Frauen keine geschlossene Front. "Zum Teil haben sich die ehemals Entschiedenen an Kompromisse gewöhnt, zum Teil haben die Parteien gelernt, bequeme Frauen in ihre Arbeit hineinzuziehen."¹²⁰) Der erhoffte Wandel in der Politik war nicht eingetreten, Frauen hatten sich im Arbeitsstil und in der Prioritätensetzung der "Männerpolitik" angepaßt. Was es bedeuten würde, wenn in der frauenpolitischen "Arbeit wirklich die Angelegenheiten des Menschen und des Lebens gegenüber denen der Technik, der Sachgüter und der materiellen Macht in den Vordergrund rücken würden"¹²¹), darüber machte sich angesichts des zermürbenden Arbeitsalltags kaum eine Parlamentarierin mehr Gedanken.

Den weiblichen DDP-Abgeordneten im Reichstag blieb auch wenig Zeit, um alternative Vorgehensweisen zu entwickeln. Das Arbeitspensum, das im Parlament, in den Parteigremien und in den Wahlkämpfen

¹¹⁷⁾ Gertrud Bäumer, Zur Frage der Frauenpartei, in: Die Frau 32, 1924/25, 145–147, hier 147.

¹¹⁸⁾ Landesarchiv Berlin, Helene-Lange-Archiv, 52-239/3.

¹¹⁹⁾ Nachrichtenblatt des BDF 8, 1928, 11-13.

¹²⁰⁾ Gertrud Bäumer, Umfang und Grenzen überparteilicher Frauenarbeit, Berlin 1927, 5. Ebenso Zahn-Harnack, Frauenbewegung (wie Anm. 8), 324.

¹²¹⁾ Bäumer, Umfang und Grenzen (wie Anm. 120), 7.

zu bewältigen war, war enorm. Getreu den vom BDF umrissenen frauenspezifischen Belangen konzentrierten sich die Politikerinnen auf die Bereiche Sozial- und Kulturpolitik. Unter den geschilderten, erschwerten Bedingungen für Frauen gelang es nur wenigen, besonders Gertrud Bäumer und Marie-Elisabeth Lüders, achtbare, manchmal auch aufsehenerregende, persönliche Erfolge zu erlangen. Erfolgreiche Politikerinnen erregten aber oft Unbehagen, sie irritierten selbst "fortschrittliche" Männerkreise. Erinnert sei nur an die Debatte um das Gesetz zum "Schutz der Jugend vor Schmutz und Schund" (1926), an dessen Ausgestaltung Gertrud Bäumer wesentlichen Anteil hatte. Das Gesetz führte nicht nur zu einer starken außerparlamentarischen Opposition, sondern wurde auch zur internen Zerreißprobe für die Partei. Kurt Tucholsky widmete Bäumer damals unter der Überschrift "Old Bäumerhand, der Schrecken der Demokratie" einen Artikel, in dem er die Zeitschrift "Die Hilfe" als "Tummelplatz des männlichen Zensurrats Bäumer und der Oberzensurrätin Heuss" bezeichnete. 122) Mit diesem wenig subtilen Bild stellte er unmißverständlich klar, daß Bäumer die Kompetenzen ihres Geschlechts hier nun überschritten hatte. Daß Frauen sich auf die von Männern definierten "frauenpolitischen Themen" zu beschränken hätten, galt noch als selbstverständlich. Die Kluft, die sich zwischen der "Frauenfrage" und der "großen Politik" dadurch auftat, daß sich die Frauen, wenn auch nicht ganz freiwillig, auf bestimmte Bereiche der Politik beschränken ließen, nahm entgegen der Intention der Frauenrechtlerinnen nicht ab, sondern zu. 123)

Das Datum 1918 markierte genausowenig wie 1908 den "Eintritt der Frauen in die Politik". Die Trennung der Politikfelder, die Definition der "großen Politik" und die männlich dominierten Machtstrukturen in den Parteien wurden lediglich festgeschrieben. Der neue Rechtsstatus verhalf den Frauen keineswegs zur faktischen Gleichberechtigung. Auch ihre Hoffnung auf eine absehbare evolutionäre Entwicklung in diese Richtung erfüllte sich nicht. Die Politikerinnen mußten erleben, daß auf ihr politisches Handeln zutraf, was Bäumer im Hinblick auf eine ganz andere Situation formuliert hatte: "Frauen, die ihre ... [Mandate] nicht Frauen, sondern Männern verdankten, würden auch ihren

¹²²⁾ Kurt Tucholsky, Keinen Mann und keinen Groschen, in: Die Weltbühne 23, 1927–527 f

¹²³⁾ Koonz, Conflicting Allegiances (wie Anm. 109), 671 ff.

Einfluß nicht als Frauen, sondern als Beauftragte von Männern ausüben."¹²⁴)

Die Antworten, die der BDF im Februar 1933 von verschiedenen Parteien auf die Frage erhielt, ob die jeweilige Partei für die volle Gleichberechtigung der Frau eintrete und falls ja, ob sie bereit sei, diesem "Grundsatz der Gleichberechtigung praktisch Ausdruck … durch die Aufstellung von Frauenkandidaturen" zu geben¹²⁵), zeigen deutlich das Dilemma auf, in dem sich Frauen aller Parteien befanden. Die SPD erlaubte sich daran zu erinnern, daß sie bereits vor dem Krieg die Gleichberechtigung der Frau gefordert hatte und daß sie "ihre Kandidaten für die öffentlichen Wahlen lediglich nach der Befähigung auf[stellt] und ... [dabei] nicht nach Geschlecht und Herkunft" fragt. Die meisten Parteien dokumentierten hinsichtlich dieser Frage ihren prinzipiellen Willen, der allerdings nur wenig praktische Folgen zeigte (Zentrum, DStP, DVP, DNVP, Christlich-sozialer Volksdienst, Deutsch-hannoversche Partei). Die NSDAP machte kurz und prägnant deutlich, unter welchen Prämissen das Verhältnis Frauen - Politik bald ausschließlich betrachtet werden sollte: "Auf unseren Listen kandidieren ... auch diesmal ausschließlich Männer, weil die vielen Tausenden von Frauen, die in unseren Reihen in vollster staatsbürgerlicher Gleichberechtigung aktiv mitarbeiten, von jeher und entschieden für die etwas zweifelhafte Ehre dankten, sich in "die Drecklinie" des politischen Kampfes in den Parlamenten zu begeben."126)

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der politische Handlungsspielraum von Frauen in der DDP und ihren Vorläuferorganisationen maßgeblich durch Kontinuitäten über die Zäsuren von 1908 und 1918 hinweg geprägt wurde. Neben den allgemeinen sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen und Leitvorstellungen führte der Eintritt der Frauen in die männerdominierten Parteien im Zusammenhang mit den von ihnen vertretenen idealistischen Vorstellungen von politischer Arbeit dazu, daß sie nur beschränkten Einfluß gewannen und vornehmlich in marginalisierten Politikbereichen agieren mußten. Das Eindringen in die "große Politik" und in das parteiinterne Zentrum der

¹²⁴) *Gertrud Bäumer*, Die Frau im Staat, in: Frauenaufgaben im künftigen Deutschland. Jahrbuch des BDF für 1918. Leipzig/Berlin 1918, 68–83, hier 79 f.

¹²⁵⁾ Schreiben des BDF vom 13.Februar 1933 an alle Parteien des Deutschen Reichstags und Abschriften der Antworten; Landesarchiv Berlin, Helene-Lange-Archiv, 52-239/1.

¹²⁶) Ebd.

Macht gelang ihnen nur sporadisch und in Einzelfällen. In ihnen wichtigen Fragen wurden sie oft überstimmt, selbst wenn sie sich überparteilich geeinigt hatten. Eine Veränderung der politischen Kultur, wie sie von den meisten Frauen angestrebt wurde, gelang nicht. Dies führte im Laufe der Zeit dazu, daß sich die einen resigniert aus der Parteiarbeit zurückzogen, während die anderen sich weitgehend den parteiinternen Verhaltensweisen anpaßten und dafür sehr schnell von denen, die sich zurückgezogen hatten, in die Parteienschelte miteinbezogen wurden. Mitte der zwanziger Jahre nahm innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung die Kritik an den Parteien zu. Aktive Parteipolitikerinnen reagierten darauf sowie auf ihre subalterne Integration innerhalb der DDP mit der Aufstellung von Frauenlisten und einzelnen Gemeinschaftsaktionen über die Parteigrenzen hinweg. Diese Versuche, neue Wege einzuschlagen, können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die politischen Handlungsspielräume der Frauen sehr eng waren und durch den drastischen Niedergang der DDP und den damit einhergehenden zahlenmäßigen Rückgang der weiblichen Abgeordneten schließlich gar nicht mehr gegeben waren. Durch die Zäsur von 1930 bzw. 1933 hatten die DDP-Politikerinnen nicht mehr als ein gutes Jahrzehnt, Strategien für die parteipolitische und die parlamentarische Arbeit zu entwickeln. Ob die gemeinsame Erfahrung geschlechtsspezifischer Diskriminierung ausgereicht hätte, um Politikerinnen über die Parteigrenzen hinweg zu einer umfassenderen Zusammenarbeit zu bewegen, konnte in dieser kurzen Zeitspanne kaum erprobt werden.

Zusammenfassung

Sowohl der seit 1908 genehmigte Eintritt der Frauen in die Parteien als auch das 1918 eingeführte Frauenwahlrecht änderten wenig an der Haltung der Liberalen. Ihre Einstellung wurde weiterhin vom theoretischen und praktischen Ausschluß der Frauen aus der Politik dominiert. Der Handlungsspielraum liberaler Politikerinnen wurde jedoch nicht nur durch bereits bestehende Partei- und Machtstrukturen eingeengt. Als ebenso hinderlich erwiesen sich die idealistischen Vorstellungen der Frauen von Politik sowie die meist a priori akzeptierte untergeordnete Bedeutung "frauenspezifischer Belange" gegenüber den "Bedürfnissen des Vaterlandes und der Partei".